



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

195 (28.4.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-141382](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-141382)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1448

Druckerei-Bureau (Mannheimer Druckmaschinen) 341

Redaktion 277

Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntage)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 195.

Donnerstag, 28. April 1910.

(Abendblatt.)

Der Reichskanzler und das Zentrum.

Jetzt, wo der Reichskanzler bemüht ist, in der Frage der Dreiteilung der Wahlbezirke eine für die Mittelparteien erträgliche Fassung durchzusetzen, jammert die Zentrumspresse, die Regierung wolle das Zentrum ausschalten.

Das ist eine vollständige Verkennung der Tatsachen. Das Zentrum hat in Verbindung mit den Konservativen die Wahlvorlage der Regierung in den Hauptpunkten in die Form gebracht, die ihm genehm war. Die Regierung hat sich — leider — diese Umkehrung ihrer Vorlage gefallen lassen. Das Zentrum aber ist viel weniger tolerant und in dem Augenblicke, in dem die Regierung in einem Redepunkte den Wünschen anderer Parteien entgegen will, fühlt es sich „ausgeschaltet“. Das Zentrum verlangt also nicht mehr und nicht weniger, als daß Beschlüsse in der Weise zustande kommen dürfen, daß sie vom ersten bis zum letzten Buchstaben den Wünschen und Forderungen der Zentrumsparthei entsprechen.

Soweit möchten wir es denn doch nicht kommen lassen und es ist deshalb sehr dankenswert, daß Herr von Bethmann-Hollweg gleich bei der ersten von ihm eingebrachten größeren Gesetzesvorlage den ersten Willen zeigt, sich nicht zum gehorsamen Diener des Zentrums machen zu lassen. Damit ist aber weder gesagt, daß er persönlich ein Gegner des Zentrums ist, noch daß er diese Partei politisch ausschalten will. Davon kann auch ein Staatsmann gerade jetzt nicht denken. Es steht schon heute fest, daß bei den nächsten Reichstagswahlen das Zentrum kaum etwas verlieren, die Sozialdemokraten sicherlich erheblich gewinnen wird. Daraus ergibt sich, daß selbst wenn bis zu den Wahlen Konservative und Liberale sich ausbilden sollten — was aber äußerst fraglich ist — die Wiederherstellung der Majorität von 1907 ausgeschlossen wird. Steht nun fest, daß in dem neuen Reichstage eine konservativ-liberale Mehrheit nicht vorhanden sein wird, steht ferner fest, daß die Sozialdemokratie doch nur in den allerersten Fällen einer Regierungsvorlage zustimmen wird, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß wenn die Gesetzgebungsmaschine nicht einrasten soll, die Regierung des Zentrums zur Herstellung positiver Mehrheiten benötigt wird. Man solle also die Regierung für nicht so unflug halten, eine Partei, auf deren Unterstützung sie im Reiche in den nächsten Jahren angewiesen sein wird, vor den Kopf stoßen zu wollen. Auch Fürst Bismarck hat seiner Zeit nicht das Zentrum ausschalten wollen, sondern diese Partei hat sich selbst ausgeschaltet.

Will und kann also die Regierung nicht das Zentrum ausschalten, so kann sie sich andererseits auch nicht eine Minorität dieser Partei gefallen lassen. Keine Partei, mögen es nun die Konservativen oder die Liberalen, die Nationalisten oder die Sozialisten sein, darf verlangen, daß die Gesetzgebung in allen Stücken nach ihrem Willen eingerichtet wird. Dies verlangen ist in Deutschland u. in Preußen schon darum unzulässig, weil es keine der erwähnten vier großen Parteigruppen jemals allein zur Mehrheit im Reichstage oder im Preussischen Abgeordnetenhaus bringen wird. Deshalb müssen die Parteien, wenn sie überhaupt zu einer Mehrheit gehören und nicht großend beiseite stehen wollen, sich auf Kompromisse einlassen. Natürlich wird manchmal einer Partei

das eine oder das andere Kompromiß nicht annehmbar erscheinen und es bleibt ihr dann unbenommen, dagegen zu stimmen. Dann soll sie aber doch nicht sagen, daß sie ausgeschaltet werde.

Will das Zentrum, nachdem es vor noch nicht einem Jahre den Fürsten Bismarck gestürzt hat, Herrn v. Bethmann-Hollweg stürzen? Es dürfte kein Glück damit haben, denn selbst wenn die Wahlvorlage nicht zustande kommt, so ist dies noch lange kein ausreißender Grund zum Rücktritt des Reichskanzlers. Geseht aber, es gelänge irgend welchen Ränkeplänen, Herrn von Bethmann-Hollweg nach kurzer Amtszeit zu beseitigen. Wäre damit etwas für das Zentrum gewonnen? Kein deutscher Reichskanzler und Preussischer Ministerpräsident, er mag heißen wie er will, wird auf die Dauer bloßer Willenspolstrecker des Zentrums sein können. Zentrumsführer haben ihre Partei die der geborenen Minderheit genannt. Die „geborene Minderheit“ mag und soll mitregieren, aber daß sie allein regieren sollte, das wäre eine Umkehrung aller natürlichen Verhältnisse.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 28. April 1910.

Ein schwarz-blaues Geständnis.

Vor der Schlußabstimmung über die Wahlrechtsvorlage in der Kommission des Herrenhauses, deren schriftlicher Bericht jetzt vorliegt, wurden von einer Reihe von Mitgliedern noch grundsätzliche Erklärungen über ihre Stellung zu dem nunmehr durchberathenen Entwurf abgegeben. So äußerte u. a. eines der konservativen Kommissionsmitglieder wörtlich, daß „es der konservativen Partei vollkommen fern läge, bei der Beurteilung des vorliegenden Gesetzentwurfs Parteipolitik zu treiben, vor allen Dingen solche zugunsten des Zentrums“. Die Behauptung zeigt angesichts der offenkundigen Tatsachen von ungewöhnlicher Kühnheit. Indessen können wir es uns erlauben, ihr diese Tatsachen abermals entgegenzusetzen, zumal der antliche Bericht der Kommission sie selbst widerlegt. Dort findet sich nämlich an anderer Stelle (§. 31) folgende Darlegung eines ebenfalls konservativen Kommissionsmitgliedes:

„Dem wurde entgegengehalten, daß man vom konservativen Standpunkt der Frage, ob die Dreiteilung durch die ganze Gemeinde oder in Wahlbezirken erfolgen solle, ziemlich gleichgültig gegenübersehen könne. Man könne sogar vielleicht sagen, daß die Dreiteilung durch den Gemeindebezirk vorzuziehen sei. Da man aber etwas zustande bringen wolle und man keine Garantie dafür habe, daß die Nationalliberalen sich mit der Vergrößerung der Dreiteilungsbezirke auf 20 000 Einwohner begnügen würden, so müsse man, wenn einem vielleicht auch der Antrag 7 sympathisch sei, doch an der Dreiteilung in dem Umfange, wie sie der Antrag 25 vorschlägt, festhalten, und das um so mehr, da man doch durch die Verteilung an der Gesetzgebung des Jahres 1891 gebunden sei. Man habe auch schließlich, da nun einmal die Dreiteilung im Wahlbezirk geltenden Rechts sei, keine Veranlassung, dem Zentrum zuleide zugunsten der Nationalliberalen von der bestehenden Gesetzgebung abzuweichen.“

Hier wird also ganz ohne Umschweife, daß die Konservativen ihre sachlichen Erwägungen partei-

politischen Rücksichten geopfert haben und weiter zu opfern entschlossen sind. Der Satz, daß die Konservativen „schließlich“ keine Veranlassung haben, dem „Zentrum zuleide zugunsten der Nationalliberalen“ die bestehende Gesetzgebung zu ändern, trägt außerordentlich zur Klärung der Situation und gleichzeitig zu ihrer Zuspitzung bei. Die weitere, materielle Beratung des Entwurfs erübrigt sich hiernach eigentlich vollständig, da die Konservativen völlig im Laufe des Zentrums (in dem sich noch dem Bismarck'schen Wort außerdem noch von jeder die Sozialdemokratie befindet) sitzen und demnach dieser Partei nichts „zuleide“ tun dürfen. Alles aber, was eine Annäherung an den nationalliberalen Standpunkt bedeutet — mag es sachlich noch so gerechtfertigt sein —, verurteilt dem Zentrum Leid. So des Zentrums Trauer in auch der konservativen Trauer. Also darf nichts geändert werden. Dieses blaue Geständnis wird für spätere Zeiten festzuhalten sein, weil es ihnen einen unantastbaren Beweis dafür liefert, daß der erste Versuch einer Wahlrechtsreform nicht an materiellen, sondern an parteipolitischen Schwierigkeiten, an der „einseitigen Parteikonstellation“ scheiterte; ferner dafür, daß der Miß zwischen den nationalliberalen Parteien nicht von den Nationalliberalen, die bis zur Grenze des Möglichen entgegenkam, herbeigeführt und vertieft wurde, sondern von den Konservativen, die sogar von ihnen selbst als zweckmäßig erkannte Änderungen bloß deshalb ablehnten, weil das Zentrum es so wollte.

Eine ultramontane Verdächtigung Kaiser Wilhelms I.

In ihrem fanatischen Satz gegen alles, was in dem Betrachter liberaler Weltanschauung steht, schreut die „Germania“ sogar darüber nicht zurück, die Kaiser Wilhelm I. und Friedrich durch herabzuziehen, daß sie ihnen Begünstigung — antimonarchischer und revolutionärer Bestrebungen vorwirft. Die „Germania“ sagt darüber in No. 92 (23. April 1. Blatt):

„Bruder Kaiser Wilhelm I. wohnte z. B. dem internationalen Freimaurer-Kongress in Mailand 1875 persönlich bei, welcher in Wirklichkeit in einer Verherrlichung der Revolution in einem ihrer widerwärtigsten Vertreter gipfelte. In seiner Gegenwart wurde Bruder Garibaldi als „das Musterbild aller maurerischen Tugenden“ gefeiert, und so tatsächlich auch dem kaiserlichen „Bruder“ als leuchtendes Vorbild vor Augen gestellt. Die ganze Situation wie die schmähliche Haltung, welche Kaiser Wilhelm I. beobachtete, enthält über eine bedauerliche Vermittlung des monarchischen Prinzips zugunsten des revolutionären.“

Gegen eine derartige Beschimpfung der beiden Kaiser, an deren Persönlichkeit jeder Deutsche nur mit Ehrfurcht zurückdenkt, muß auf das schärfste Protest erhoben werden. Die „Germ.“ weiß dabei ganz genau, daß fast alle Hohenzollern-Fürsten von Friedrich dem Großen bis auf die Kaiser Wilhelm I. und Friedrich Freimaurer waren, und daß auch heute ein Hohenzollernprinz mit Genehmigung des Kaisers das Protektorat über die preussischen Logen und Großlogen führt.

Seniileton.

Schach.

Von Robert Schen.

(Nachdruck verboten.)

Es ist nicht auszuspielen. Ewig jung geht es durch die Jahrhunderte. Die feinsten Köpfe opfern ihm einen guten Teil ihrer Schöpfungskraft. Sollte der unerschöpfliche Reiz dieses Spieles darin liegen, daß es mit dem übrigen Leben so gar nichts gemein hat, daß es gleich der Waise abseits von Wirklichkeit, Ding und Begriff genossen werden kann? War einst ein alter Herr, dem Vermögen und Familie zugrunde gegangen war. Er schickte zum Schach als seinem letzten überlebenden Interesse. Schach und Musik zwei Hobbys, Verstandesarbeit ohne Beziehung und Gefühl ohne Beziehung, reine Betätigungen der Geistes- und Seelkräfte ohne Anknüpfung an ein Objekt. Gegenstandslosigkeit und dabei doch volles Ansehen der gespanntesten Kräfte. Kartotika am Ende? Goethe, der allem Gegenstandslosen Feind war, sagte witzig über das Schach, es schärfe zwar den Verstand aber nur für's Schach. Ein guter Teil seiner Anziehungskraft mag immerhin darin liegen, daß es gestaltet hohe Seelenkräfte, Kühnheit, Fähigkeit, Kombinationsgabe, die Fähigkeiten des Selbsterrnen und des Staatsmannes in der gemäßigten Stunde auszulassen, die Wunden des Intriganten ohne Gefahr zu genießen alles in Miniatur.

Aber vielleicht liegt noch etwas tieferer zugrunde, was den Betrieb dieses Spieles rechtfertigt und ihm einen ersteren Charakter gibt. Auch die vierundsechzig Bretter bedeuten die Welt. Im Schach besitzen wir ein Experimentierfeld, auf dem die Gesetze des Geschehens in vollendeter Reinheit studiert werden

können. Es ist ein Geistespiel, aber auch ein Weltspiel, beides zugleich. Es ist eine Quelle tiefer Aufschlüsse.

Das Schach ist wiederholt mit dem praktischen Leben verglichen worden. Der Vergleich läßt sich noch umfassender gestalten. Es enthält eine noch unbekannte Wissensfülle: Die Wissenschaft vom Geschehen. Wie spielen sich Ereignisse ab, wie bereiten sie sich vor, wie hauen sie sich auf? Bis jetzt gibt darüber nur die Kunst, eine einzige Kunst Aufschlag: das Drama. Es lehrt uns wie sich Schicksale schürzen, türmen, zusammenbrechen auf Grund innerer Notwendigkeit. Dem Menschen, der ins Leben tritt, wird eine Fülle von guten und schlechten Ratschlägen erteilt. Aber nach welchen Gesetzen sich das Technische der Ereignisse vollzieht, wie Katastrophen entstehen, welche Bedeutung die Zeit hat, das wird nicht gelehrt. Wir müssen es mühsam durch Erfahrung lernen. Eine Ereignislehre wäre jedem Menschen von großem Nutzen, besonders aber für den Staatsmann. Man hat die Weltgeschichte schon nach allen Richtungen durchstudiert, aber nach dieser Richtung noch nicht, nach dem rein technischen Verlauf der Dinge in der Geschichte. Eine solche Wissenschaft des Geschehens könnte aus dem Schach abgeleitet werden. Auf dem Schachbrett vollzieht sich das Geschehen in Form eines Prozesses. Doch alles Geschehen in der Welt auf dem Kampf zweier miteinander ringenden Mächte beruht, welches immer neue Gestaltungen erzeugt, wird und hier hat. Daraus ist auch jede Schachpartie ein Drama, wie jedes Drama eine Schachpartie ist. Es hat Exposition, erregendes Moment, tragische Schuld, Höhepunkt, Peripetie und Katastrophe. Das erregende Moment ist jener Zug, durch welchen aus einem schuldlosen Aufmarsch der Figuren die erste Spannung entsteht; tragische Schuld ist jener Zug, welche die Ursache der schließlichen Niederlage in sich birgt. Der Höhepunkt ist der Augenblick jener starken Spannung, wo die geringste Veränderung eine Wegschale zum Sinken bringt. Bei einer guten Schachpartie

wie bei einer richtigen Tragödie muß sich rückblickend Schritt für Schritt, Zug um Zug strenge Notwendigkeit nachweisen lassen, bis zu dem Punkt, wo der kleine Fehler geschah, der ursprünglich gar nicht als Fehler in Erscheinung trat, und gleichwohl die ganze Katastrophe verhängte. So lehrt uns das Schach sogar den Sinn der Tragödie erkennen als einer Offenbarung des unerlöschlichen Verhängnisses, welches aus einer einzigen Freiheit erwächst — der Freiheit, zu fehlen. Und wiederum lernen wir, daß Feiern unermesslich ist; die Katastrophe ist unaussprechlich, denn sie liegt in der Natur der Sache. Jede Schachpartie bricht zusammen, im Entfesseln liegt die Auflösung schon inbegriffen, der Tod ist ein Teil des Lebens. Das Schach hat wie das Leben eine Augen- eine Eröffnung, welche den Grund zu allen weiteren Schicksalen legt, ein Zenith, einen Niedergang und ein Gebilde.

Im Schach erkennst du deine Lebensmethode und Arbeitsweise wie in einem großen Spiegel. Du spieglest immer dein eigenes Wesen. Wer großes einseht, um großes zu erreichen, wird viel im Schach ebenso ausdrücken wie etwa in seiner Schrift. Es gibt Naturen, welche den Sieg im Angriff und solche, welche ihn in der Verteidigung suchen; solche, welche im Sturm und andere, welche auf Umwegen ans Ziel gelangen; solche, welche gründlich vorbereiten und andere die vorzeitig loschlagen. Alle diese Eigenschaften und Verfahrenarten, tragen sie ins Spiel, welches ihnen daher wunderbare Aufschlüsse erteilt.

Daraus ist das Schach auch eine Schule und Erziehung. Wir lernen, daß man zu Grunde geht, wenn man zu ausschließlich auf das Ziel blickt, ohne die Hindernisse mit einzurechnen; wie es gefährlich ist, von einer Situation zu viel zu erhoffen, weil man sich zu einer scheinbar nahen Erfüllung verblenden kann. Ein gewöhnlicher Fehler der Schachspieler: sie verbeugen sich in eine einmal gefasste Kombination und halten sie noch fest, wenn sie schon überholt ist. Dadurch veräumen Sie es, neue Angriffe zu

Das Schwert an der Wand.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses ist bekanntlich in der verflochtenen Woche an die Staatsregierung die wichtige Frage gerichtet worden, ob sie von dem Rechte der Enteignung in den Ostmarken Gebrauch machen wolle. Der Minister zog es jedoch vor, diese Frage unbeantwortet zu lassen. Die Deutschen in den Ostmarken sind tief verstimmt darüber. Man behauptet dort, es seien Widerstände im Schoß des Staatsministeriums vorhanden. Weshalb, so fragt man, läßt man sich zum Schutze des Deutschtums Gesetze geben, wenn man sich sie anzuwenden scheut. „Das Volk“, so schreibt die „Ostdeutsche Rundschau“, kann verlangen, daß es die vielen Millionen, die das Anstaltswesen im Osten erheischt, nicht unnütz zum Opfer gebracht hat. Wir müssen dahin kommen, gegen andauernde Festübergänge in polnische Hände ausreichende gesetzliche Garantien zu schaffen, und für Vermittler, die hier ihrer nationalen Pflicht nicht eingedenk sind, muß eine strafrechtliche Waffe geschaffen werden. Hat man zu einer Sache den Willen, so muß man auch den Mut dazu haben. Und bringt man den nicht auf, so lasse man eben die Dinge laufen, wie sie laufen wollen, und lasse nicht kostspielige Maßnahmen ins Werk, die auf halbem Wege Halt machen, um am letzten Ende den Erfolg des Ganges in Frage zu stellen.“

Deutsches Reich.

— **Nationalliberale und Freisinnige.** In einer irreführenden Notiz der freisinnigen Presse ist behauptet worden, der nationalliberale Generalsekretär für Pommern, Dr. Mittelmann, habe in einer Rede zu Kolberg den Freisinnigen die nationale Gesinnung abgeprochen. Dr. M. hat nunmehr die betreffenden Blätter zur Aufnahme folgender Berichtigung veranlaßt: „Ich habe in Kolberg aufs wärmste für ein freundschaftliches Zusammengehen des gesamten Liberalismus gesprochen und habe im einzelnen nachgewiesen, daß solche Einigung nicht möglich sei im engen Rahmen von Parteiprogrammen, wohl aber auf der Basis einer gemeinsamen liberalen Weltanschauung, die den Liberalen heutigen Tages leider noch immer fehlt. Diese Weltanschauung, die an die großen humanistischen Ideen des achtzehnten und des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts anzuknüpfen hätte, müßte ihrerseits aber streng auf nationalem Boden stehen. Da wird nun, so fürchte ich weiter aus, ein Teil der sich zum Freisinn zählenden Wähler weder mitmachen können noch wollen, der Teil nämlich, der in der Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten rot wählt. Dieser Gattung der sich zum Liberalismus zählenden Wähler sprach ich allerdings die nationale Gesinnung ab, eine Behauptung, die wohl jeder wahrhaft Liberale unterzeichnen wird.“

— **Die Gewerkschaften und die Unfallversicherung.** Der Kongreß der deutschen Gewerkschaften nahm folgende Resolution an: Grundsätzlich der Unfallversicherung erklärt der Kongreß, daß der neue Entwurf in keiner Weise den zu stellenden Ansprüchen an eine wirksame Unfallversicherung entspricht. Die Ausschaltung zahlreicher Berufs- und Gewerbegebiete von der Unfallversicherung entbehrt jeder inneren Berechtigung. Das gleiche gilt auch für den Ausschluß der auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen von der Versicherung. Es wird deshalb die Ausdehnung der Versicherung gefordert: 1) Auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehalts, 2) auf die selbständigen Unternehmer, soweit ihr Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt, unter Gewährung der Versicherungsberechtigung bei einem Einkommen bis 2000 M., 3) auf die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Tätigen. Der Begriff des Betriebsunfalls ist auszudehnen auf die Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeit. Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und Himatistischen Krankheiten zu entschädigen. Die Träger der Unfallversicherung haben vom Tage des Unfalls an einzutreten. Die Rente hat in voller Höhe den dem Verletzten, seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen erwachsenen Schaden zu ersetzen. Sie ist unter voller Anrechnung des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes unter Einhaltung einer Mindestgrenze zu berechnen. Den Versicherten ist sowohl bei Erlaß und bei Durchführung der zu erweiternden Unfallversicherung, bei der Ermittlung des Unfallherganges und bei der Rentenfestsetzung entscheidende Mitbestimmung durch gewantwerfen, und sollen dem Segner zum Opfer. Wir lernen, daß keine Absicht genau in der Gestalt zur Bewirklichung gelangt, in welcher sie entworfen wurde, daß aber dennoch ein Plan da sein muß, wenn überhaupt etwas werden soll; ganz wie im Leben, wo sowohl derjenige strauchelt, der ganz planlos herumirrt, als auch derjenige, der allzu feste Vorurteile mitbringt und keine Kompromisse macht. Warum sind Menschen die Großen durchzuführen, so selten? Weil diejenigen, die überbauet einer Konzeption fähig sind, sich schwer dazwischen schiden können, daß doch gar nichts genau so wird, wie es gedacht war. Wir lernen wie die Zeit immer unser Feind ist, wie wir zurückgehen, wenn wir nicht dazwischen, wie die Zeit nicht wartet wenn wir warten, daß falsche Hoffnungen nicht schnell genug über Bord geworfen werden können, daß wir in neuen Entwürfen unermüdet sein müssen: daß hundertmal mehr Will und Verstand notwendig ist, um einen Fehler gut zu machen, als ihn zu vermeiden und der Anfang aller Dinge das verhängnisvollste und entscheidende ist; daß eine kleine Schwäche größere vorbereitete und aus den kleinen Schwächen die großen entstehen; daß man in entscheidenden Momenten opfern muß, aber doch wieder nur opfern darf, wenn der Preis des Opfers gewiß ist; daß wir nicht alles annehmen dürfen, was uns scheinbar angeboten wird, weil es uns ja doch nicht geschenkt bleibt; schließlich, daß man nicht immer siegen kann und daß man zu früh siegen kann und es Augenblicke gibt, wo man mit Würde sterben muß.

Der neue Ibsen-Zyklus des Berliner Lessingtheaters.

Am 22. April begann das Lessingtheater seinen neuen Ibsen-Zyklus mit einer Reinszenierung des Lustspiels: „Der Bund der Jugend“. Es konnte keine glücklichere Wahl getroffen werden. Das verhältnismäßig wenig bekannte Stück, das zweifellos zu dem Dargestellten Komödien der Weltliteratur gehört, läßt wieder

wählte Vertreter aus ihren Kreisen einzuräumen. Entschieden wendet sich der Kongreß gegen alle Vorkläge, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten.“

— **Bülow's Rückkehr** ist das Thema eines Artikels in der „Neuen Zürcher Ztg.“. Den Konservativen sei in ihrem Bunde mit dem Zentrum nicht recht gubeuer, man sehne sich nach dem alten Bloß und der Bild richte sich wieder auf Bülow, dessen Rückkehr für möglich gehalten würde. Die „Germania“ wendet sich energisch gegen letztere Möglichkeit: „Fürst Bülow ist doch nicht lediglich wegen der Reichsfinanzreform gegangen, und dann hat er sich noch seinem Rücktritt so gegen die Konservativen benommen, daß die Wiederherstellung aufrichtigen Vertrauens zwischen ihm und ihnen unmöglich sein dürfte. Ein einmal entlassener Reichskanzler wird überhaupt die nötige Autorität nicht wieder gewinnen, die für den Kanzlerposten erforderlich ist.“

— **Regierung und Kalligeseh.** Im Reichstage verlaute gerüchweise, daß die Regierung auf die Verabschiedung des Kalligeseh vor der Vertagung verzichtet hätte, weil die Frage der gesetzlichen Festsetzung von Tarifverträgen im Kalligeseh zurzeit bei der Geschäftslage des Hauses zu keiner befriedigenden Lösung geführt werden könne. Weiter verlaute, daß die Vertagung für den 6. Mai in Aussicht genommen ist.

Badische Politik.

Konferenz der Stadtverordneten-Vorstände.

Die auf gestern nach Karlsruhe einberufene Konferenz der Stadtverordneten-Vorstände fand im großen Rathssaale in Karlsruhe von 3 bis 7 Uhr statt. Es wurde laut „Selbst. Ztg.“ beschlossen, an die zweite Kammer eine Eingabe zu richten, in welcher folgende Forderungen des neuen Städteordnungsentwurfes beantragt werden sollen:

In Abänderung des § 19a der Städteordnung soll beantragt werden, daß die städtischen Kommissionen in Zukunft in einer gemeinsamen Beratung des Stadtrats und des Stadtverordnetenvorstandes ernannt werden sollen.

In Abänderung des § 41 der Städteordnung soll beantragt werden, daß auch der Stadtverordneten-Vorstand beantragen kann, daß seine Mitglieder Gemeindegangelegenheiten unter Berücksichtigung der entsprechenden Gebührensätze außerhalb der Gemeinde besorgen können. Gedacht ist an Besuchen der Städte, Studienreisen usw.

In Abänderung des § 43 der Städteordnung soll beantragt werden, daß dem Stadtverordneten-Vorstand nicht nur die Vorlagen rechtzeitig mitzuteilen sind, sondern daß ihm auch Einsicht in die sämtlichen auf die Vorlagen bezüglichen Akten zu gewährt ist.

Abfag 4 des § 43 der Städteordnung soll dahin abgeändert werden, daß die sogenannten gemischten Kommissionen, welche der Bürgerausschuß im einzelnen Falle bestellt, außer dem Oberbürgermeister und dem Obmann ein Drittel Stadtverordnete zählen sollen. Jedes Kollegium wählt die von ihm zu sendenden Mitglieder selbstständig.

Weiter wurde beschlossen zu dem § 56a des neuen Städteordnungsentwurfes die wichtige Bestimmung zu beantragen, daß der Stadtrat beschließen ist, über Vorschläge, welche die Stadtverordneten gemäß ihrer neuen Bestimmung von sich aus machen, eine Beschlusfassung des Bürgerausschusses herbeizuführen.

Luftschiffahrt.

* Köln, 28. April. „P 2“ war um 7 1/2 Uhr über Düsseldorf und landete um 9 1/2 Uhr vor der Kölner Halle.

* London, 28. April. Wie die „Daily Mail“ aus Balesworth meldet, kann White wegen Motordefektes seinen Flug nach Manchester nicht fortsetzen.

* Manchester, 28. April. Paulhan näherte sich kurz vor 5 1/2 Uhr in prächtigem Fluge der Stadt und steuerte in betäubender Höhe über der Eisenbahn geraden Weges auf sein Ziel zu. Bei seiner Landung wurde er von einer vieltausendköpfigen Menge mit begeisterten Jauchzen und lebhaftem Lärmschwallen empfangen und von allen Seiten mit angefeuertem Dänkebrüllen begrüßt. Über der Wänter schien kaum zu wissen, worum es sich handelte; er sah völlig erschöpft aus. Mit dem Sonderzuge, der ihm von London aus gefolgt war, fuhr Paulhan sofort nach dem Centralbahnhof von Manchester. Der Wänter legte die 188 Meilen lange Strecke in drei Stunden und 56 Minuten zurück.

einmal die Frage aufwerfen, ob Ibsen nur ein Zeitdichter war oder der Nachwelt so hoch stehen wird wie der letzte Generation. Sein Lustspiel „Der Bund der Jugend“ hat mich wiederum in einer seit Jahren gebietigen Ansicht befestigt, daß Ibsen, der Dichter leben wird, solange es Bretter und Kulissen gibt, daß aber Ibsen der Weltanschauungsapostel, der der letzten Generation besonders teuer war, eher als man glaubt zu den literarisch-historischen Wertwürdigkeiten gehören wird, wie die Comédie larmoyante, die Schicksalsdramatik oder die Gefühlschwärmerei vom Anfang des 19. Jahrhunderts. Aus diesem Grund ist es begreiflich, wenn schon die heute heranwachsende Generation über Rosmer mit seinen idealen Forderungen lächeln muß. „Wenn wir Toten erwachen“ wird vermutlich einst als ein undegreiflicher „casus“ erscheinen. Ganz anders aber, wo Ibsen — fast möchte man sagen die Ibsenianer — selber perffiziert oder wenigstens als solche erkannt. Darum dürfte ein Stück wie die „Wildente“, wo es nicht darauf ankommt, diese entscheidenden neuen Menschen mit ihren idealen Forderungen darzustellen, sondern ein solches Exemplar in all seiner Prosahaftigkeit und in seinem Selbstbewußtsein zu entwerfen, als Kunstwerk dauern und als psychologische Erkenntnis ewig fruchtbar sein. Auch Hedda Gabler und John Gabriel Borkmann sind nicht nur Selbstbeträger wie Rosmer, sondern im Gegenfag zu diesem als solche vom Dichter gesehen und darin liegt ihre große Lieberlegenheit gegen alle andern Ibsenschen Gestalten, die sie zweifellos überleben werden. In diesen unsterblichen Werken des Dichters gehört auch „Der Bund der Jugend“, jene löstliche politische Satire auf Demagogie und Strebertum. Dieser Rechtsanwalt Stensgaard, der so viel Talent hat und das große Glück, weder durch Ueberzeugungen, noch Charakter, noch Traditionen, noch Familie gehemmt zu werden, auf Kosten anderer: „liberal“ zu sein, und in dem dabei doch etwas von dem robusten Mut ist, welcher der im Besitz lebenden Generation fehlt, ist ein Charakterbild, das Ibsen selbst kaum in Holmar Ebel übertrafen hat und das sich an Uebertrahender Ziele der Menschennatur

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 28. April 1910.

Ordentliche Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins Mannheim.

Der Verkehrsverein Mannheim hielt gestern abend im Hotel National seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Stadtrat Darmstädter, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Herren Polizeidirektor Dr. Korn und Regierungsrat Eubres und warf dann einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr, das sehr arbeitsreich, im Allgemeinen aber auch sehr erfolgreich gewesen sei. Von den Reinrichtungen sind die Gassen- und Ballparpfahrten zu erwähnen, die sehr gut reussiert haben. Der Verkehrsverein glaubt damit ein Mittel gefunden zu haben, die Fremden an Mannheim zu fesseln. Nach der Fremdenstatistik hat der Postautenverkehr bedeutend zugenommen. Nach einer Statistik über den Fremdenverkehr in deutschen Großstädten für 1907—09 zählte man 1909 in Mannheim 140 835 angemeldete Fremde, in Straßburg 126 127, in Halle 115 000, in Bremen, das bedeutend größer ist, 160 000 Fremde. Der Redner erwähnte als weitere Anziehungspunkte für Fremde auch die Kunsthalle und gab dabei seiner Freude darüber Ausdruck, daß kunstsinigige Mannheimer Bürger das Manesche Bild erworben und der städtischen Sammlung geschenkt haben. Auch die Millionenspendung der Familie Lang und die Stiftung der Dekorationen des „Wallenstein“ und „Kauß“ durch die gleiche Stelle seien gerühmt gewesen, Mannheim bekannt zu machen. Des Joppelin- und Parkwalbesuches im vorigen Jahre tat der Redner ebenfalls Erwähnung, wobei er die große Bedeutung des „starken Systems“ für die Luftschiffahrt und für den Luftschiffverkehr betonte. Durch die Zeichnungen, die auch in Mannheim für die Frankfurter Luftschiffahrtgesellschaft erfolgten, sei die Gewähr gegeben, daß der Verkehr auch Mannheim berühre. Die kürzlich erfolgte Gründung des Mannheimer Flugport-Klubs wurde gleichfalls in Erinnerung gebracht und daran der Wunsch geknüpft, daß dem jungen Verein sich recht viele Anhänger der Aviation anschließen möchten. An den Verkehrsverein schon mehrere Angebote zur Veranstellung von Schaufelungen gelangt. Man habe aber auf das Angebot wegen der Bedingungen nicht eingehen können. Der Mitgliederstand ist nicht befriedigend. Leider verhielten sich gerade die Wirte dem Verkehrsverein gegenüber nicht besonders entgegenkommend. Man habe sogar den Austritt des Vorstandes der Vertheilung zu beklagen. Auch der Droßchenbesitzerverein ist ausgetreten, weil der Verkehrsverein in die „Mannh. Woche“ ein Inserat über die „Autodroßchen“ gegeben habe. Der Verkehrsverein müsse selbstverständlich die Autodroßchen propagieren, weil es sich um ein neues Beförderungsmittel handle. Redner dankt zum Schluß den Behörden und der Presse herzlich für die Förderung des Verkehrsvereins und knüpft daran den Wunsch, daß ihm auch fernerhin diese Förderung zuteil werden möge.

Der rübrige Geschäftsführer, Herr Hohl, verlas alsdann den Jahresbericht, der diesmal der Kosten wegen nicht gedruckt wurde. Wir werden auf ihn noch zurückkommen. Der Vorsitzende stattete im Anschluß daran Herrn Schiffbesitzer Koll herzlichsten Dank für das Risiko ab, das er mit der Veranhaltung der Gassen- und Ballparpfahrten übernommen hat. Weiter kam der Redner auf die Bestrebungen zurück, die im vorigen Jahre auf die Verbesserung der Eisenbahnverkehre über die hällnisse gerichtet waren. 1. Die Eröffnung der Lauenbahn gab Anlaß, auf den mangelnden Anschluß in München bei verschiedenen Jagen hinzuweisen. Es wurden diesbezügliche Eingaben abgefaßt. Die Wünsche wurden teilweise erfüllt, indem der Nachtzug ab 12 43 und der Mittagszug ab 2 05 Anschluß an die Jage der Lauenbahn ab München nach Triest erhielten. 2. Zur Verbesserung der Verbindungen von London über den Rhein nach Südbayern und der Schweiz hatten im Jahre 1908 zwei Konferenzen von Südbayern Verkehrsverbänden und Vereinen stattgefunden, an denen sich der Verkehrsverein beteiligte. Es ging im Januar 1909 eine gemeinsame Eingabe an den Preussischen Eisenbahnminister ab, in welcher auch die Mannheimer Wünsche berücksichtigt waren. Der neue Fahrplan ab 1. Mai löst den Erfolg dieser Bestrebungen deutlich erkennen durch eine Reihe von durchgreifenden Verbesserungen im Englisch-Deutschen Reiseverkehr. 3. Die Eingaben an die Generaldirektion der Preussischen Staatsbahnen brachten zunächst die Wiederherstellung von vorgebrachter Wünsche, wie die Verbesserung der Morgenverbindung nach dem Oberland und Basel, ebenso der Nachtverbindung von Basel usw. Am 27. Februar 1909 wurde auch gegen den mit „dringenden Expeditionsrücksichten“ motivierten Ausfall von beschleunig-

dem Tartuffe und dem Mikambrone auf die Seite stellen läßt. Ein Fehler des Stückes ist höchstens darin zu sehen, daß es so lang ist, da sich (wie in „Herodes und Mariamme“) zweimal eigentlich dasselbe wiederholt: Größe und Fall des Rechtsanwalts Stensgaard. Allerdings sind die Einzelheiten in beiden Fällen so verschiedenartig und wichtig, daß man immer wieder gestieft wird. Es ist erstaunlich, daß ein solches Stück so bedeutend weniger bekannt ist als etwa der „Alprand“ der „Geipenfer“, die fast jede deutsche Schauspielbühne ihrem Publikum zu bieten pflegt. Hier wird zweifellos die Wertung der Zukunft bald anders werden.

Was die Aufführung betrifft, so war das Lessingtheater nach mancherlei Versuchen mit ausländischen Stücken wieder einmal recht in seinem Element. Der von der Stillein- und Reinheit der französischen Bühne erfüllt nach Deutschland kommt, muß unfehlbar bei aller Anerkennung großer Schauspielerscher Einzelheiten den wahren Stil des Zusammenspiels vermissen, der durch die schönsten walerischen Anstaltungen nicht ersetzt wird. Die einzige wahrhafte Stilleistung der neueren deutschen Bühnen, die ein Einheitsgefühl französischer Leistungen gleich kommt, bietet das Lessingtheater in seinen unvergleichlichen Ibsen-Darstellungen, die bisweilen das schlechthin Vollkommene erreichen. Es ist sonderbar, daß die darin liegende Frucht des Einzelnen unter die gemeinsame Idee, ähnlich wie bei Wagner-Darstellungen, fast ganz verloren geht, wenn sich ein solches Ensemble an andersartige Aufgaben wagt. Wenn die Ibsensche Schulung etwa noch einen Schnitzerschen Stücke zu gute kommt, so schlägt sie in ihr vollkommenes Gegenteil um, in Stücken wie etwa „Der König“ oder bei Shaw. Hier scheinen sich die einzelnen Schauspieler plötzlich in individuellen Ueberreibungen schloß halten zu wollen für den beliebigen Zwang, unter dem sie bei Ibsen standen und der so Heroorragendes wirkt. — Auch der neue Ibsen-Zyklus verpricht noch der Aufführung des „Bund der Jugend“ wieder dasselbe hohe Niveau einzuhalten.

Dr. H. G. Schmig.

den Personenzügen protestiert. Ebenso wurde die Führung der Saisonzüge nach dem Schwarzwald ab 1. Juni, wie letzter, unter Hinweis auf die große Bedeutung des sich stets steigenden Reiseverkehrs nach Tiroal beantragt. Erfolg hatte der Verein in Baden nur mit unserem Vorschlag der Wiederverlegung eines Abendzuges nach Heidelberg auf ca. 11.45 Uhr, ferner mit den schriftlichen und persönlichen Bemühungen, eine Samstagnachmittagsverbindung nach dem nördlichen Schwarzwald für Winterportfreunde einzurichten. 4. Der Verein bemühte sich ferner wegen Leitung einer größeren Anzahl von Feriensonderzügen über Mannheim, wegen der Verbesserung der Verbindung nach Paris über Reib durch Anschlüsse an die neuen Elzäse Würzburg-Saarbrücken usw. 5. Bei der Preussisch-Hessischen Eisenbahndirektion wiederholt die Verbesserung der Morgensverbindungen nach und von Köln beantragt. Dem ersten Wunsch wird ab 1. Mai durch einen neuen Zug Mannheim—Worms—Mainz, Mannheim ab 7.53, Rechnung getragen. Von Frankfurt hierher wurde in der beantragten Weise ein Abendzug, Frankfurt ab 10 1/2 Uhr, eingelegt; dagegen ist der Anschluss von Berlin noch herzustellen. Im Ganzen ist zu sagen, daß mit viel Geduld und unabhägiger Arbeit manche Verbesserungen erzielt werden können. Man wird sich auch für die Folge durch Milderfolge nicht abschrecken lassen, durch schriftlichen und persönlichen Verkehr mit den betr. Behörden für Mannheim das Mögliche und seiner Bedeutung Gulsprechende zu erreichen.

Zu der kurzen Diskussion, die dem Jahresbericht folgte, bemerkte Herr Direktor Dr. Weber, bezügl. der Eisenbahnerhältnisse bleibe noch viel zu wünschen übrig. Der Verkehrsverein sollte die Initiative ergreifen zur Gründung eines großen deutschen Vereins, der die Verwirklichung der von Herrn Regierungsrat Andres verfolgten gründlichen Reichseisenbahnreform in die Wege leite. Der Verkehrsverein würde sich damit an die Spitze einer Bewegung stellen, die jedenfalls hohe Stellen (Solgen würde und als Ausgangspunkt einer neuen Ära im Deutschen Eisenbahnverkehr bezeichnet werden müßte. Der Deutsche Luftflottenverein, eine Bewegung, die so gewaltige Dimensionen angenommen habe, sei ja auch in Mannheim begründet worden. Warum könnte da der Verkehrsverein nicht die Initiative zur Gründung eines Vereins ergreifen, der sich die Reichseisenbahnreform zur Aufgabe stelle. Der Vorsitzende begrüßte die Anregung mit großer Genugtuung. Herr Regierungsrat Andres gab in längeren interessanten Ausführungen einen Ueberblick über die Fortschritte, die der Gedanke der Gründung einer Reichseisenbahngemeinschaft auf föderativer Grundlage gemacht hat. Redner vertrat dabei den Standpunkt, daß es bei der gegenwärtigen Sachlage keinen Zweck habe, vom Verkehrsverein aus eine Deutsche Bewegung in die Wege zu leiten. Dagegen erklärte sich der Redner damit einverstanden, daß der Vorstand mit den badischen, hessischen und württembergischen Verkehrsverbänden in dieser Frage Fühlung nimmt. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Herren Rothschild und Baffern.

Herr Direktor Mettel erstattete alsdann den Jahresbericht. Darnach betragen 1909 die Einnahmen 17789.86 M., die Ausgaben 17914.78 M. Der Reibbetrag beläuft sich somit auf 127 Mark gegen 1500 M. im Vorjahre. Der Redner, dem hierauf Debatte erteilt wird, bringt alsdann den Vorschlag für 1910 zur Kenntnis. Darnach sind Einnahmen und Ausgaben auf 16200 M. veranschlagt. Das Arbeitsprogramm für 1910, das Herr Sobel nunmehr bekannt gab, sieht folgendes vor: 1) Herstellung und Verbreitung eines zehnjährigen Prospektes in deutscher, englischer und französischer Sprache in ungefährer Auflage von 25 000 Exemplaren. 2) Infertion im In- und Ausland in ca. 50 Zeitungen und Zeitschriften. 3) Spezial-Reklame für Förderung der Industrienerlöbungen. Die Durchführung erfolgt teils aus eigenen, größtenteils aus städtischen Mitteln. 4) Veröffentlichung illustrierter Artikel. 5) Herstellung eines Blattes in ca. 5000 Auflagen mit dem Propagandatzitel von Mannheim und Anschlag in auswärtigen Städten während der Dauer von Kongressen und bei sonstigen Anlässen. 6) Herstellung von ca. 2000 Postkarten mit dem Mannheimer Propagandatzitel und einer kleinen Zeichnung auf der Adressenseite und kostenloser Abgabe an Firmen und an Private. Verwendung von ca. 7000 vorhandenen Postkarten mit dem Mannheimer Vogelshandbild zum gleichen Zweck. 7) Neuauflage von ca. 1000 Exemplaren der Zusammenstellung der für die Wiederherstellung in Mannheim in Betracht kommenden wichtigsten Verhältnisse. 8) Neuauflage von ca. 10 000 Exemplaren des Führers „Eine Fahrt durch die Mannheimer Eisenbahnen“. 9) Neuauflage von ca. 15 000 Exemplaren der Annonzette mit der Sassenfahrkarte und kostenlosen Gastscheinen. 10) Vertrieb des Heftes des Stadtführers (ca. 4000 Stück), sowie des gebundenen Stadtführers (ca. 3000 St.); damit zusammenhängend Einrichtung des automatischen Verkaufs. 11) Anregung und Durchführung der Verwendung des großen städtischen Vogelshandbildes, sowie des Kunstblattes vom Friedr. Schlegel zu Propagandazwecken. 12) Mitbeteiligung an offiziellen Ausstellungen für das Badnerland im Ausland und Errichtung einer spez. Auskunftsstelle für Mannheim in Heidelberg, eventuell auch in anderen stark frequentierten Nachbarplätzen. 13) Ausgestaltung der Sassen- und Waldparkefahrten, sowie des Waldpark-Restaurants. Beantragung der Aufstellung mehrerer großer Orientierungstafeln im Waldpark Redarum, sowie Herstellung kleiner Orientierungstafeln für den Waldpark in ca. 30 000 Auflagen und kostenlose Abgabe. 14) Vorbereitung eines neuen Stadtführers und Stadtplans für das Jahr 1911. Damit zusammenhängend zur Erlangung schöner Ansichten die Vorbereitung eines photographischen Wettkampfs. 15) Ausarbeitung eines Blattes für das Vorkommnisse mit den Vorbereitungen Mannheims während der Rainmarkt- und Rennwoche und Versand in 2000 Exemplaren. 16) Arrangierung eines Schaufensterwettbewerbss oder Verkehrstages auf der Grundlage der im Jahre 1909 gewachten Vorarbeiten.

Dieser vielseitigen, große finanzielle Opfer erfordernden Tätigkeit schließen sich selbstverständlich eine ganze Reihe gleichwertiger interner Arbeiten an. Wir erwähnen hiervon nur die eifrigen Bemühungen zur Verbesserung des Mannheimer Eisenbahner-Verkehrs; zur Schaffung neuer, über unsere Station verkehrender Züge, zur Einstellung durchgehender Eisenbahnen; die ständige Beobachtung, daß in der gesamten Reiseleiteratur, auf Karten, Plänen usw. Mannheim entsprechend seiner Bedeutung erwähnt wird; die Einleitung größerer Vereine und Korporationen zum Besuche unserer Stadt usw. usw. Schließlich sei noch auf die umfangreiche Tätigkeit des Verkehrsvereins als Reise-Ankunftsstelle, Schlafwagenagentur, Fahrkarten-Vermittlungsstelle etc. etc. hingewiesen, welche Betätigung den Mitgliedern und der hiesigen Bevölkerung große Bequemlichkeiten und Vorteile bietet.

Die Wahl des Ausschusses und Vorstandes, die hierauf vollzogen wurde, ergab die Wiederwahl der ausstehenden Hälfte des Ausschusses und des Vorstandes der Affirmation. Der Vorsitzende dankte für die Wiederwahl und gedenkte dabei der Verdienste des Geschäftsführers Sobel, der mit unermüdblicher Energie seine Obliegenheiten erfüllte. Herr Architekt Karz greift eine Anregung des Herrn Regierungsrates Andres auf, daß man bei der Anlage des neuen Heidelberger Bahnhofs auf die eventl. spätere Einführung des elektrischen Betriebs Rücksicht nehmen sollte. Herr Rothschild tritt für die elektrische Schnellbahn Mannheim—Heidelberg mit Wärme ein. Der Mannheimer müsse Gelegenheit haben vom Herzen der Stadt aus schnell nach Heidelberg zu gelangen, um sich in Heidelberg Wäldern auch an Sommerabenden in der Woche erholen zu können. Herr Direktor Mettel weist auf die technische Unmöglichkeit hin, mit elektrischen Wagen, die für den Stadverkehr geeignet sind, schnell nach Heidelberg zu fahren. Man sollte keine Pläne verfolgen, die auf eine lange Reihe von Jahren aussichtslos seien. Eine Schnellbahn wäre nur möglich mit unter- oder oberirdischer Führung. Dazu genügt aber die Verkehrsaffirmation, die in Betracht kommen würden, nicht. Eine Bevölkerung wie die Mannheimer habe nicht die Zeit dazu, um die Bahn rentabel zu machen. An Wochentagen würde die Bahn schlecht besetzt sein und an Sonntagen würde ein Menschenandrang herrschen. Wirtschaftlich würde eine solche Anlage wenig oder garnicht prosperieren. Er glaube, daß in kürzester Zeit die Frage befriedigend gelöst wird. Mannheim werde nach Fertigstellung des Heidelberger Bahnhofs eine ganz vorzügliche Verbindung nach Heidelberg bekommen. Es werden drei Geleisepaare zur Verfügung stehen. In Heidelberg sind zudem zwei Einfahrtsgeleise vorgesehen, das hier alle 1/2 Minuten ein Zug abgehen kann. Auch die Frage der Verbesserung des Vorortverkehrs werde jedenfalls in Kürze in befriedigender Weise gelöst werden. Damit schloß gegen 12 Uhr die Versammlung, die manche neue Anregung brachte.

Vom badischen Landtag.

Mannheimer Nachrichten.

J.W. Karlsruhe, 28. April.

Heute wurden im Geschwindschritt zehn Petitionen erledigt, außer einer ohne allgemeine Bedeutung. Diese eine hat aber für uns Mannheimer großes Interesse. Es war die Petition der Besitzer der sogenannten Wiener Kaffeehäuser in Mannheim um Aufhebung der Polizeistunde. Alle Gesuche waren vom Bezirksamt abschlägig beschieden. Kurze an das Ministerium ebenfalls erfolglos. Da wurde die Petition eingereicht. Die Kommission beantragte Uebergang zur Tagesordnung, weil die Aufhebung nicht von allen Cafetiers gewünscht wurde. Dem traten die Abg. Süßkind (soz.) und König (natl.) entgegen. Der Abg. Süßkind temperamentvoll. In seinem Eifer oft launisch wirkend und laute Lausprüche hervorruhend. Abg. König sachlich und entschieden, in geordneter Würdigung aller Gründe. Den ablehnenden Standpunkt der Regierung vertrat Ministerialrat Schäfer, der einseitige Polizeidirektor Mannheims. Seine Argumentation war engherzig. Sie tief zahlreiche Reklame auf den Plan. Es ist ja laßhaft, die Bedürfnisfrage von Kaffeehäusern für Mannheim überhaupt noch zu diskutieren und es ist bezeichnend, daß eine solche Rappalie nicht zur Zufriedenheit auf dem Verwaltungsweg erledigt werden konnte. Eine Begründung der Ablehnung aber mit dem Kampfe gegen den Alkohol zu versuchen, dem braucht nichts hinzugefügt zu werden. Als ob die Bürger bis zur jetzigen Polizeistunde nicht genügend Gelegenheit hätten, dem Alkohol, d. h. wenn sie wollen, zu fröhnen. U. E. hat aber die Polizei etwas anderes zu tun, als die Bürger vor dem Alkoholeufel zu bewahren oder sie zu einer bestimmten Stunde nach Hause zu schicken. Wenn auch nicht zu dergleichen ist, daß bei manchen Lokalen eine gewisse Polizeistunde ganz segensreich wirkt. Die Kriminalstatistik aber in Verbindung zu bringen mit den Kaffeehäusern, ist ganz überflüssig. Erstens ist diese Statistik bei uns nicht höher als in anderen Gassenorten, zweitens haben die Kaffees nichts damit zu tun und drittens ist das in diesen verkehrten Publikum ganz anständig. Nicht zu hüligen und taktlos ist es aber, wenn Herr Ministerialrat Schäfer in Zusammenhang mit der Kriminalität und den Kaffeehäusern von den „garden Verhältnissen von Schmolter und Tieg“ sprach. Das ist nicht energisch genug auszusprechen. Im Interesse der vielen anständigen Damen, die in den Warenhäusern beschäftigt sind.

Schließlich wurde ein Antrag angenommen, die Regierung zu ersuchen, die Polizeistunde für die sogenannten Wiener Kaffeehäuser aufzuheben.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 70. Sitzung.

W. Karlsruhe, 28. April.

Der Präsident eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch sind anwesend: Regierungs-Kommissär. Auf der Tagesordnung steht: Berichte der Petitionskommission und Beratung über die Petitionen: 1. Der Inhaber der sogenannten Wiener Kaffeehäuser in Mannheim um Aufhebung der Polizeistunde in ihren Lokalen. Bericht: Abg. Maier. 2. Des ehemaligen Straßenswarts Eugen Jöschs in Mubau um Gewährung einer jährlichen Unterstützung in monatlichen Raten. Bericht: Abg. Roger. 3. Des früheren Bräudenwärters Heinrich Seupler in Diedelheim um Erhöhung seines Unterstützungsgelalts. Bericht: Abg. Ködel. 4. Des ehemaligen Schumanns Christian Roe in Mannheim um Wiederverwendung im Staatsdienst oder Gewährung eines Ruhegelalts. Bericht: Abg. Wiedemann. 5. Des David Rosowit, Rheinwärters a. D. in Reiffenheim um Erhöhung seines Unterstützungsgelalts. Bericht: Abg. Wiedemann. 6. Des Verbannten Südb. Schafereibesitzer um Gewährung von Erleichterungen in Bezug auf den Verkehr mit Schafherden auf den Staats- und Körperhöfströfen. Bericht: Abg. Kurz. 7. Des Bräudenwärters a. D. Martin Her in Oberrheim um Erhöhung seines Ruhegelalts. Bericht: Abg. Geiger. 8. Des Gemeinderats und Kirchengemeinderats in Menz-

gen, die Abhaltung des Kirchweihfestes in der Gemeinde Menzgen bezir. Bericht: Abg. Müller-Heiligkreuz.

9. Der Witwe des Hilfsaufsehers Ludwig Kühne in Mannheim um Unterstützung. Bericht: Abg. Müller-Schopshelm.

10. Des Steuereinnahmehelfers Anton Reister in Freiburg um Besserstellung durch Anwendung des Paragraphen 10 der Gehaltsordnung. Bericht: Abg. Ziegelmayer.

Secretär Müller gibt dem Hause die neuen Eingänge bekannt, folgende Petitionen:

1. Des Kur- und Verkehrsvereins Konstanz, zugleich im Namen der übrigen Schwarzwaldbahn-Interessenten, die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse auf der Schwarzwaldbahn bezir.

2. Des Gemeinderats Konnenweier um Beihilfe zur Erlangung eines Anschlusses an das Eisenbahnetz durch Einrichtung eines Automobilverkehrs zwischen Konnenweier und Mannweier.

Schreiben der Bezirksleitung der organisierten Maurer in Karlsruhe mit den „Denkschrift über die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910“ für die Mitglieder der Kammer.

Einladung zur 40jährigen Jubiläumfeier des Karlsruher Männerhilfsvereins vom Roten Kreuz am 7. und 8. Mai 1910.

Präsident Rohrhurst: Die Petitionskommission gibt eine ganze Anzahl zurück, die nicht zu erledigen sind. Entweder sind sie schon einmal erledigt worden, oder sie unterliegen nicht der Beschlußfassung des Landtages. Diese Petitionen sind erledigt. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Maier (Soz.) erstattet den Bericht der Budgetkommission über die Petition der Inhaber der sogenannten Wiener Kaffeehäuser in Mannheim um Aufhebung der Polizeistunde in ihren Lokalen. Das Bezirksamt hatte es abgelehnt mit der Begründung, daß kein Bedürfnis vorliege. Dem schloß sich das Ministerium an. Die Kommission läßt die Frage unerörtert, ob die Polizeistunde überhaupt aufgehoben ist. Der Verein der Gastwirte erklärt sich gegen die Petition, da damit nur Sonderinteressen erreicht würden. Die Kommission beantragt, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Süßkind (Soz.): Vor 35 Jahren ist schon anerkannt worden, daß das Bedürfnis mindestens für ein Nachtcafe vorliege. Wenn jetzt Reisende nachts 12 Uhr ankommen, so können sie nirgends hin, auf der Bahn können sie nicht bleiben. Ins Hotel zu gehen, lohnt sich nicht für einige Stunden. Die Regierung behandelt uns als Staatsbürger zweiter Klasse. Hier wird nur politische Willkür und Rechtsbehörden befunden. Warum sollen wir anders behandelt werden als andere Städte. In Mannheim herrschte früher ein Geist, der heute noch schwebt (Große Heiterkeit).

Präsident Rohrhurst: Ich bitte den Kollegen sich etwas zu nähigen.

Abg. Süßkind (fortfahrend): Mir ist das Herz voll. (Heiterkeit). Zur Zeit der Maslenbälle würden diese im Hofengarten gestattet, in Gasthäusern nicht. Will man nicht, daß sich der Proletariat auch einmal amüsiere? (Heiterkeit). Der Verkehrsverein bezeichnet es als sehr wichtig, daß Nachtcafe gestattet werden. Wie wird es nun bei den bevorstehenden Wahlen. Da ist regelmäßig eine so starke Ueberflutung, daß nicht alle Quartiere bekommen können. Früher gingen sie ins Cafe. Wo sollen sie jetzt hin. Sie müssen erst sich im Hotel einen Salon nehmen, wo sie gemeinschaftlich Kaffe trinken. Sie werden jetzt was anderes denken. (Große Heiterkeit).

Präsident Rohrhurst: Sie dürfen den Kollegen nicht verwerfen, daß sie an etwas anderes denken. (Schallende Heiterkeit).

Abg. Süßkind (Soz.): Die Kollegen scheinen annehmen zu haben, daß meine Gedanken auf Abwege geraten sind (Große Heiterkeit).

Präsident Rohrhurst: Das wird von Ihnen niemand annehmen. (Große Heiterkeit).

Abg. Süßkind: Ich hatte auch Dazardspiel gedacht. Die Polizei in Mannheim beliebt ja eine Schnüffelei, die weit genug geht, aber hier treibt sie Leute in die Zimmer hinein. Ich möchte bitten, den Kommissionsantrag abzulehnen.

Abg. König (natl.): Mein Herr Vorredner hat persönlich sehr temperamentvoll gesprochen und persönliche Nuancen hinzugefügt. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um Herrn Süßkind zu unterstützen. Es wird im allgemeinen so empfunden, wie der Abg. Süßkind vorgelegt hat.

Abg. Kramer (Soz.) befristwortet ebenfalls die Erlaubnis zu Nachtcafe.

Ministerialrat Schäfer: Der Abg. Süßkind hat gesagt, daß früher ein böser Geist in Mannheim herrschte, aber heute noch dort schwebt. Der Abgeordnete will damit sagen, daß die in Mannheim jetzt bestehenden Organe keine selbständigen Persönlichkeiten sind. Dagegen muß ich Verwahrung einlegen. Es sind durchaus sachliche Gründe, die die Stellung der Regierung bedingen. Verwahrung muß ich dagegen einlegen, daß es ein Akt der Willkür ist. Einer generellen Aufhebung der Polizeistunde kann die Regierung nicht zustimmen. Und das gerade nicht in der heutigen Zeit, wo der Kampf gegen den Alkohol an der Tagesordnung ist. Mit der Petition sind auch nicht allgemeine Interessen verfolgt, sondern nur Privatinteressen einzelner. Auch der Abg. Süßkind wird wissen, daß es Menschen gibt, die beim Trinken nie genug haben. Wer die Kriminalität von Mannheim verfolgt, der wird unserem Standpunkt recht geben. Hier spielen neben den garden Verhältnissen von Schmolter und Tieg die Kaffeehäuser eine Rolle. Es ist nun begründet worden, daß Leute, die mit der Bahn ankommen, nachts nicht weiter fahren können. Wir haben den Fahrplan geprüft, aber keine Züge gefunden, die um 12 Uhr ankommen und erst um 4 Uhr weiter fahren.

Präsident Rohrhurst: Es ist ein Antrag eingelaufen der Abg. Süßkind u. Gen. dahin, die Petition der Regierung empfehlend zu überweisen.

Abg. Maier (Soz.): Die Kommission hat die Petition abgelehnt, weil sie nur von drei Kaffeehausbesitzern unterzeichnet war und nur eigene Interessen damit verfolgt werden. Aber der Standpunkt der Regierung geht doch zu weit. Ich möchte die Regierung auch darauf verweisen, daß wohl Reisende nachts in Mannheim liegen bleiben. Nach Frankfurt geht der erste Zug erst 3.47 Uhr früh, der letzte Zug von Karlsruhe kommt 12.48 Uhr an. Wenn man den Fahrplan studiert, kann man noch mehrere solcher Aufenthaltzeiten feststellen. Die Regierung sollte sich davon überzeugen lassen, daß sie eine Bevormundung treibt, die zu weit geht.

Abg. Süßkind (Soz.): Gerade aus der Erklärung der Regierung geht hervor, daß es ein politischer Akt der Willkür ist.

Präsident Rohrhurst: Sie dürfen der Regierung keinen politischen Akt der Willkür vorwerfen.

Abg. Süßkind (Soz.): Ich kann das nicht anders bezeichnen, wenn ich sehe, daß man in anderen Städten die Erlaubnis erteilt, aber nicht in Mannheim. Ich als Abgeordneter habe die Pflicht, Ungerechtigkeiten zu beheben.

Präsident Rohrhurst: Das dürfen Sie auch, aber es kommt auf die Form an. Ich glaube ja, daß es schwer ist bei Ihrem Temperament, aber Sie müssen sich der Ordnung des Hauses doch fügen.

Abg. Süßkind (Soz.): Wenn von dem Kampf gegen den Alkohol gesprochen wird, so muß man erst recht den Kaffeehäusern

keine Polizeihunde sehen. Im Koffee kann man bei einer Tasse Kaffee Stundenlang sitzen und Zeitungen lesen. Es ist doch zu prüfen, ob durch das Privatinteresse nicht das allgemeine Interesse profitiert. Das ist hier der Fall. Daher stellen wir den Antrag.

Hg. Geiß (Soz.): Die Ausführungen meines Kollegen Sühnd und des Hg. König haben uns überzeugt, daß die Verhältnisse in Mannheim die Aufhebung der Polizeihunde erfordern und der Ausnahmezustand für Mannheim beseitigt wird. Wenn von der kriminalistischen Statistik gesprochen wird, so muß man doch zugeben, daß die Verhältnisse ganz anders geworden sind wie früher. Vor Jahren war das anders. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen. Ich habe seit 16 Jahren eine Wirtschaft und kenne die Verhältnisse aus eigener Erfahrung. Es trägt sich doch, ob Alkoholmißbrauch getrieben wird. Das ist aber nicht der Fall. Wenn Gastwirte sich dagegen erklären haben, so geschah das aus dem praktischen Grunde, daß einzelne nicht bei 2 oder 3 Gästen sitzen bleiben müssen. Sollten nun die Kaffeehausbesitzer gemeinsam ein neues Gesetz einreichen, dann sollte dem stattgegeben werden.

Hg. Venedig (R.-P.): Die Ablehnung ist mit dem allgemeinen Alkoholmißbrauch begründet worden. Man kann sich doch fragen, ob ein solcher Kampf durch polizeiliche Maßregeln oder durch Erziehung am besten geführt wird. Polizeiliche Maßregeln sind immer etwas gehässig und werden als Eingriffe in die persönliche Freiheit empfunden. Vor allem ist aber unerfindlich, warum Mannheim anders behandelt werden soll, wie andere Städte. Wenn man in kleinen Orten Nachkaffee gestattet, so darf man auch in der verkehrsreichen Stadt Mannheim keine Ausnahme machen.

Ministerialrat Schäfer: Ich muß eine Erklärung abgeben, die vielleicht zur Beruhigung beiträgt. Daß die Polizeihunde nicht aufgehoben ist, ist nicht nur in Mannheim der Fall. Nur in Karlsruhe existieren fünf Nachkaffees, in anderen Orten nicht. Ich möchte auch noch darauf aufmerksam machen, daß, wenn den Kaffeehäusern die Vergünstigung eingeräumt wird, gleich die Wirtschaften kommen und das gleiche wünschen. Dem könnte aber die Regierung nicht zustimmen.

Hg. Schmidt-Karlstraße (Str.): legt dar, daß die Kommission zu einer ablehnenden Stellung gekommen ist, weil sie einigen Stellen nicht eine privilegierte Stellung einräumen wollte.

Hg. Kolb (Soz.): Der Regierungsvorsteher hat ausgeführt, daß im allgemeinen die Regierung zu ihrer ablehnenden Stellung bestimmt worden ist, um den Kampf gegen den Alkohol zu unterstützen. Ich möchte die Regierung dringend ermahnen, diesen Kampf nicht dadurch in Mitleidenschaft zu bringen, daß sie ihn durch polizeiliche Bevormundung führt. Die Auffassung des Regierungsvorstehers ist falsch. Es ist doch eine 18-jährige Erfahrung, wenn man Mannheim anders behandeln will als a. B. Karlsruhe. Wer in der Welt herumgekommen ist, weiß, daß Nachkaffee in größeren Städten ein Bedürfnis sind.

Hg. König (natl.): Ich habe die Ausführungen des Hg. Sühnd vorhin unterläßt, aber seinen Antrag kann ich nicht zustimmen, der geht zu weit. Es kann auch Kaffeehäuser geben, die nicht nachts anhalten wollen, dafür ist es schon, daß nicht alle Cafés die Position unternehmen haben. Die wären ja dann gezwungen, einzuhalten. Wo es das Geschäft verlangt, besteht kein Grund, die Öffnung des Nachts nicht an zu stellen und ich sehe nicht ein, daß das, was in Karlsruhe möglich ist, nicht auch in Mannheim möglich sein soll. Ich kann nicht der Auffassung der Regierung zustimmen. Der Antrag Sühnd geht aber zu weit. Wenn ich diesen ablehne, so heißt das aber nicht, daß ich überhaupt dagegen bin.

Hg. Geiß (Soz.) verliest ein Schreiben des Verkehrs-Vereins, der das Bedürfnis bezeugt. Prääsident Kocher. Der Abg. Sühnd hat seinen Antrag abgelehnt, daß die Polizeihunde für die sogenannten Wiener Kaffeehäuser aufgehoben ist. Dagegen hat sich auch der Abg. König ausgesprochen.

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag vom Großklub gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Die Petition des ehemaligen Strauchwart Eugen Flach in Mannheim um Gewährung einer jährlichen Unterstützung in monatlichen Raten wird der Regierung zur Kenntnisnahme überreicht, ebenfalls die des Schmied Christian Roe in Mannheim um Gewährung eines Ruhegelds. Seine Petition um Wiedererhebung in den Staatsdienst wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petitionen des Gemeinderats und Kirchgemeindevertrags in Mannheim, die Abhaltung des Kirchweihfestes in der Gemeinde Remlingen betreffend, der Bitte des Dillsauers Kuhnig Käthe in Mannheim um Unterstützung, werden der Regierung empfehlend überreicht.

Durch Uebergang zur Tagesordnung wurden folgende Petitionen erledigt:

Des früheren Brückenwärters Heinrich Schuler in Diederheim, des David Holwein, Rheinwärters a. D. in Reichenheim, des Verbands 1848, Schützengilde, des Brückenwärters a. D. Martin Gier in Cölnheim, des Steuerbeamten Robert Anton Meißner in Freiburg, werden der Regierung empfehlend überreicht. Die nächste Sitzung ist Samstag 9 Uhr früh. Tagesordnung: Eisenbahnen — Petitionen u. a.

Nachtrag zum lokalen Teil.

* Vereift wurde Stationskontrollleur Friedrich Kenz in Göttingen nach Göttingen.

* Die katholische untere Pfarrei feiert in diesen Tagen ihr 200jähriges Bestehen. Im Mittelpunkt der feierlichen Veranstaltungen, die vornehmlich kirchlichen Charakter tragen, steht ein Festkonzert, das am Sonntagabend unter Mitwirkung der Konzertsängerin Fr. Weich und der Grenadierkapelle stattfindet. Die Kirche hält ein ehemaliges Kapellhaus der unteren Pfarrei, Geißl. Kai und Stadtpfarre Dietzle von Waldkirch.

* Der Bezirksverein Schwägerstadt des Nationalliberalen Vereins Mannheim veranstaltet am Sonntag, 30. April, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Evang. Gemeindehauses, Sedanfeier, einen Bierabend, auf den auch an dieser Stelle hingewiesen sei mit der Bitte, die Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

* Ausstellung von Gas-, Koch- und Heizapparaten. Unsere prächtige Wandelhalle im Hofgarten gleicht heute einer großen Halle mit unzähligen Herden. Es gilt, Mannheims Frauen und Jungfrauen die Vorteile des Gaskochens praktisch vor Augen zu führen mit bezüglicher Berücksichtigung des wirtschaftlichen und ökonomischen Wertes des Gases für Koch- und Heizzwecke. Die Ausstellung, mit der Demonstrationsvorträge verbunden sind, ist dem städtischen Gaswerk und der Freien Vereinigung selbständiger Spengler und Installateure Mannheim veranstaltet. Die nicht anders zu erwarten war, läßt die Ausstellung eine große Anziehung auf die hiesige Damenwelt aus, die sich zu dem heute nachmittags 4 Uhr abgehaltenen Demonstrationsvortrag von Fr. Josepha Wirth aus Dillau über das Gas und dessen praktische Verwertung in Küche und Haus schon sehr zahlreich eingefunden hatte. Die Ausstellung von Gaskochherden ist sehr reichhaltig. Von den ausgestellt Firmen seien nur erwähnt: Eisenwerke Gagganou & Co., Gagganou in Baden, Junter u. Kub, Karlsruhe, Fabrik moderner Gaskochherde, Prometheus, Gasapparate, Eisenwerk Coltschube, Zentralwerkstatt Dillau, Stefan-Gasherde und Praxiroben. Die Lebensmittelbranche ist vertreten durch die hiesige Firma O. Schind u. Cie., die mit ihren Erzeugnissen von Palmis, Waldman allgemeine Beachtung findet. Die Fabrikate der Firma streuen sich ja von jeder des besten Rufes. Auch Anners Sod

ist vertreten. Das städtische Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk demonstrierte an einer Reihe von Platten den Materialverbrauch und die Kosten verschiedener Brenner. Interessant wird die Anschaffung dadurch, daß nahezu sämtliche Herde und Bratpfannen praktisch vorgeführt und jederzeit Kochversuche vorgenommen werden können. In Platten wird darauf verwiesen, daß sämtliche ausgestellten und vorgeführten Gegenstände und Apparate durch alle hiesigen Installationsgeschäfte zu beziehen sind. „Wir stehen im Zeichen des Gases!“ sagte eine junge Dame neben uns und sie dürfte wohl recht haben. Nach 4 1/2 Uhr betrat Fr. Wirth ihre vor dem Restaurationsingang improvisierte Bühne. Die Rednerin wies zu Beginn ihrer Ausführungen darauf hin, daß das Kochen mit Gas bei weitem vorteilhafter als das mit anderem Heizmaterial sei. Dann ging die Dame sofort zu dem praktischen Teil ihres Vortrages über. Eine Gans und ein Kohlbraten wurden auf den Tisch gestellt. Die Braten verbreiteten während der weiteren theoretischen Ausführungen der Rednerin nicht nur einen Duft, daß einem das Wasser im Runde zusammenließ, sondern gebieten auch, wie sich die Damen selbst überzeugen konnten, aufs prächtigste. Ganz besonders erregte der geringe Gasverbrauch während der Zubereitung der Braten allgemeine Bewunderung. Mit großem Interesse folgten die sehr zahlreich versammelten Damen den Ausführungen der Rednerin und bei mander der Anwesenden hörte wohl die Parole lauten: „Koch mit Gas!“ Wie uns mitgeteilt wurde, soll für die morgigen Demonstrationen die Sitzgelegenheit anders geordnet werden, damit die praktischen Kochvorführungen von allen Besuchern deutlich verfolgt werden können.

* Mit dem Geiratschwandel befaßte sich der Agent Markus Ringelstein von Rittershausen, der sich am Dienstag wegen Betrugs vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. In vier Fällen verurteilt er Junggefellenshandelsmännern löhrende Parteien von 8000, 6-7000, 17000 und 40000 M. und ließ sich dann gleich als Vermittlungsgebühr Wechsel in Beträgen von 100, 150, 400 und 600 M. unterzeichnen, die er jedoch verpackt erst dann auszugeben, wenn die Debitoren perfekt wurden. Mit dem Abschluß dieser Ehen aber war es fertig. Darum war es auch dem Angeklagten im weitestlichen nicht zu tun, er brauchte Geld und die Wechsel gab er trotz seines Versprechens aus. Das Schöffengericht verhängte über den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

* Ein Veteran der Kriminalistik. So schwer wie die Last seines Alters ist auch die Last der Vorstrafen des Tagelöhners Georg Hofmann. Er ist 68 Jahre alt und hat 78 Vorstrafen — ungewisselhaft der Redord der am hiesigen Schöffengericht verurteilten Angeklagten. Die ganze Skala der Vergehen und Uebertretungen, die das Strafgesetzbuch kennt, hat er durchgemacht. Auch in dem Justizhaus hat er gründliche Studien gemacht. Er bekommt 4 Wochen Haft. Dann soll er ins Arbeitshaus, für den arbeitsunfähigen Mann jedenfalls nicht der richtige Platz. Aber unser Strafrecht kennt keinen anderen, wo man diese Entgleisten hinzubringen vermag.

* Aus dem Schöffengericht. Der Tagelöhner Peter Kreiselmeier, ein geschickter und geschäftsbekannter Komby und der ebenfalls stark vorbestrafte Deiser Max Ott, überfielen in der Nacht zum 27. Juni v. J. vor einer Wirtschaft in der Dalbergstraße den Schiffer Ernst Müller, mit dem sie zuvor in der Wirtschaft wegen eines Mädchens einen Wortwechsel hatten. Kreiselmeier versetzte dem Schiffer mit einem geschlossenen Taschenmesser eine Anzahl schwerer Wunden und Ott schlug ihm ins Gesicht. Mit Einschluß einer gegen ihn am 5. Dezember am Landgericht Frankenthal erkannten Gefängnisstrafe von 9 Monaten wird Kreiselmeier zu einer Gefängnisstrafe von 11 Monaten 3 Wochen verurteilt, Ott zu 10 Mark Geldstrafe. — Einen unerschrocken Hieb mit einem Bierglas versetzte der Fabrikarbeiter Josef Huber in der Wirtschaft „Zur guten Stunde“ in Redoran am 9. März dem Fabrikarbeiter Josef Hülbel, wodurch dieser eine ganz erhebliche Verletzung erlitt. Das Schöffengericht ahndete die brutale Tat mit einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

„Die deutsche Eisenbahnfrage“.

Zeitverteilung des hauptamtlichen Dozenten, Herrn Regierungsrat a. D. Endres bei der Eröffnung des Sommersemesters der Handelshochschule.

Eine deutsche Eisenbahnfrage gibt es seit den Zeiten Frdr. Bismarcks. Das von ihm angeführte nationale Transportsystem ist bis heute noch nicht vollständig verwirklicht. Bismarcks Reichseisenbahnsystem scheiterte, am Partikularismus der Einzelstaaten. Diese suchten in der Folge für ihr Eisenbahnnetz zu verstärken. Aber nur Preußen erreichte eine wirkliche Machtstellung durch sein großartig durchgeführtes Eisenbahnsystem und durch die preussisch-bessische Eisenbahngemeinschaft. Die anderen Eisenbahnstaaten kommen trotz ihrer hohen Eisenbahnhöhe mehr und mehr in verkehrspolitische Abhängigkeit von Preußen und erkennen nun nach und nach, daß Bismarcks Streben nach einer vollständigen Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen, wenn verwirklicht, auch ihren eigenen Landesinteressen am besten dienlich ist. Wohl steht gegenwärtig im Vordergrund des Interesses die deutsche Wasserbahnfrage, aber in absehbarer Zeit wird gewiß auch die Eisenbahnfrage dringlich werden. Vor allem ist es die finanzielle Lage, welche die süddeutschen Staaten dazu zwingt, den Anblick untereinander und an Preußen zu suchen. Es hat in diesen Staaten die niedrige Eisenbahntarife, welche die Verzinsung der Eisenbahnschulden nur knapp ermöglicht, eine genügende Tilgung aber entweder nicht oder nur mit Zuschüssen aus allgemeinen Staatsmitteln zuläßt, bei dem engen Zusammenhang der Eisenbahnschulden mit den übrigen Staatsschulden die letzteren allmählich in schwere Verlegenheit gebracht. Aber auch die politischen Schwierigkeiten, die mehr und mehr durch das getrennte Vordringen der deutschen Eisenbahnsysteme eingetreten sind, zwingen dazu, durch die enge Annäherung auf dem Verkehrsgebiete freie Bahn zu schaffen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in besserer Art und Weise, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Gerade die schwebende Schiffahrtsabgabenfrage hat so recht gezeigt, wie die deutschen Staaten sich gegenseitig verkehrspolitisch nicht genügend verstehen, und wie man hinterher, nachdem eine große Nichtstimmung erzeugt worden ist, nach einem Weg sucht, um sich wiederzufinden.

In Süddeutschland ist zunächst der Gedanke einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft zur Sprache gekommen. Eine solche Gemeinschaft wird aber von vornherein aus unserer Betrachtung auszuschließen haben, denn es ist meiner Ansicht nach vollkommen ausgeschlossen, daß Elsaß-Lothringen sich an ihr beteiligen könnte, da Preußen maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Elsaß-Lothringischen Bahnen hat und hierauf nicht verzichten wird. Ferner kann meines Erachtens Bayern sich nicht einer Gemeinschaft gegen Preußen anschließen, weil die wirtschaftliche Struktur Bayerns zu sehr derjenigen Preußens gleichartig ist, vor allem aber, weil Bayern durch den Nord-Süd-Verkehr so eng an Preußen gekettet ist, daß es den Wettbewerb mit Preußen nicht aufnehmen kann. Aber auch Württem-

berg und Baden sind zu eng mit dem Norden verbunden und wirtschaftlich von ihm abhängig, als daß sie es wagen könnten, eine Gemeinschaft einzugehen, die in ihrer Wirkung eine Spitze gegen Preußen haben müßte. Ein solches Unternehmen würde ein Risiko bedeuten. Noch nie ist eine große nationale und wirtschaftliche Frage durch den Zusammenschluß der süddeutschen Staaten allein gelöst worden, sondern immer nur dadurch, daß die betr. Fragen wohl in Süddeutschland diskutiert wurden, daß dort der Versuch gemacht wurde, zu einer Einigung zu gelangen, daß aber, um die Angelegenheit zu Ende zu führen, doch Preußen schließlich die Führung übernehmen mußte. Ebenso wird es gewiß auch in der Eisenbahnfrage gehen. Weiter ist in Süddeutschland teilweise Stimmung gemacht worden für einen Anschluß an die preussisch-bessische Gemeinschaft in derselben oder ähnlicher Form, wie sie jetzt besteht. In Württemberg ist die Stimmung günstiger geworden für einen deutschen Zusammenschluß, obgleich nicht anzunehmen ist, daß heute schon für einen Anschluß an die preussisch-bessische Gemeinschaft eine Majorität der Volksvertretung zu haben wäre. In Baden und Bayern hat man bisher sehr entschieden an der formellen Eisenbahnselbstständigkeit festgehalten. Auch hier ist es noch meiner Kenntnis der Verhältnisse ausgeschlossen, daß in diesen Staaten sich ein Anschluß an die preussisch-bessische Eisenbahngemeinschaft in ihrer heutigen Form durchsetzen ließe.

Der preussisch-bessische Vertrag hat in seiner Wirkung sich nicht als die glücklichste Lösung erwiesen. Der finanzielle Nachteil für Hellen ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Betriebsleistungen nicht in dem Maße gemehrt werden, wie sie nach dem Verkehr und Betrieb, wie er über Hellen infolge der preussisch-bessischen Gemeinschaft sich bewegt, gewertet werden sollte. Die Betriebsveränderungen haben für Hellen Ausgaben von ungefähr 100 Millionen verursacht. Es hat sich ferner gezeigt, daß in einer Gemeinschaft, wie der preussisch-bessischen, auch politische Schwierigkeiten unangenehmer Art auftreten können, daß die Verantwortlichkeit in einer Weise festgelegt ist, die nicht zur Nachahmung für die übrigen deutschen Staaten anregen kann. In einer größeren Gemeinschaft würden sich bei einer gleichen Regelung die gleichen politischen Schwierigkeiten auch für die anderen deutschen Staaten ergeben. Deshalb wäre es nötig, in der künftigen deutschen Gemeinschaft dahin Vereinbarung zu treffen, daß wohl Preußen die Führung haben soll, daß es in bezug auf die Verwaltung gewissermaßen eine selbstständige Macht bilden soll, daß es aber mit den anderen Eisenbahnstaaten die politische Verantwortlichkeit zu teilen hat. Im großen und ganzen kann man aber gewiß sagen, daß die Gründung der preussisch-bessischen Eisenbahngemeinschaft eine nationale Tat gewesen ist. In bezug auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat sie glänzend gewirkt, auch finanziell hat sie für Hellen zunächst gute Folgen gezeigt. Besonders in den ersten Jahren hat Hellen aus ihr erhebliche Reineinnahmen gezogen und hätte es nicht den großen Fehler gemacht, daß es einen Teil der Eisenbahnüberschüsse für allgemeine Staatszwecke herausgab, sondern hätte es diese Beträge alle zur Schuldenentlastung verwandt, so würde es heute nicht mit so großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die preussisch-bessische Gemeinschaft ist in ihren Grundzügen gewiß geeignet, die Grundlage zu bilden für eine deutsche Gemeinschaft. Aber diese Grundzüge müssen in zwei Hauptpunkten eine wesentliche Veränderung erfahren: Hinsichtlich des Verteilungsmaßstabs und hinsichtlich der politischen Verantwortlichkeit.

Es sind neuerdings noch andere Gemeinschaften aufgetreten, so die Elberwagengemeinschaft, die zweifellos günstig gewirkt hat. Die vollen wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile wird indes auch hier erst eine vollständige Eisenbahngemeinschaft bringen. Neuerdings ist auch eine deutsche Tarifgemeinschaft gegenüber dem Ausland zustande gekommen. Preußen wird wegen seiner überwiegenden Interessen in dieser neuen Tarifgemeinschaft im allgemeinen die Führung haben müssen. Es wird dies zur Folge haben, daß die sogenannte Tarifhoheit der anderen deutschen Staaten noch mehr als bisher beschränkt wird, und daß Preußen in noch weiterer Umlage die wirkliche deutsche Tarifhoheit in die Hand bekommt. Im Innern und selbst nach außen wird diese Tarifgemeinschaft nicht vollständig durchschlagend können. Es wird im wesentlichen bei dem bisherigen Verhältnis bleiben, wie es nicht immer im Interesse von Handel, Industrie und Landwirtschaft und selbst nicht im wirklichen finanziellen Interesse der deutschen Bahnen besteht. Die vielfach rein fiskalischen Tarifkämpfe in Deutschland werden erst dann beseitigt sein, wenn die einzelnen selbstständigen Eisenbahnen aufhören, wenn damit die Eisenbahngrenzen zwischen den einzelnen Staaten wirklich gefallen sind.

Wie soll nun die künftige deutsche Gemeinschaft beschaffen sein? Ein wirkliches Ideal läßt sich auch durch sie nicht erreichen; wir können hier nur mit einem Kompromiß rechnen. Zunächst müssen wir davon ausgehen, daß es sich nicht darum handeln kann, die Eisenbahnen dem Reich zuzuführen, denn Preußen wird seine Eisenbahnen als Eigentum behalten wollen. Auch die übrigen deutschen Staaten werden vielleicht nicht in ihrer Gesamtheit bereit sein, ihre Eisenbahnen dem Reich zu übergeben. Der Reichseisenbahngedanke muß daher für absehbare Zeit vollständig aus der Erörterung auscheiden. Das Eigentum an den Eisenbahnen soll den einzelnen Staaten verbleiben, nur eine gemeinschaftliche Verwaltung, eine Betriebs- und Finanzgemeinschaft soll eintreten. Wie würde nun die Verteilung der Einnahmen zu erfolgen haben? Diese müßten zunächst in einem Topf stehen und daraus die gesamten Betriebsausgaben bestritten werden. Von dem Ueberschusse würde dann in jedem Jahre im Voraus der Durchschnitt der früheren Ueberschüsse etwa der letzten fünf Jahre den einzelnen Staaten zugeführt werden. — Verteilung nach dem Bestande, wobei natürlich Ungleichmäßigkeiten in der Art der Berechnung der früheren Ueberschüsse z. B. Nichtberücksichtigung der Pensionen usw. ausgeglichen werden müßten (vereinfachter Bestands). — Es würde dies bedeuten, daß im Voraus ungefähr erhalten würden: Preußen 600 Millionen, Bayern 53 Millionen, Sachsen 48 Millionen, Württemberg 20 Millionen und Baden 14 Millionen. Da nun der deutsche Zusammenschluß finanziell eine erhebliche Mehreinnahme zur Folge haben würde, wäre auch dieses Mehr wie überhaupt jeder weiterer Ueberschuss infolge Verkehrszuwachses unter die Einzelstaaten zu verteilen und zwar etwa zur Hälfte nach Verhältnis des Anlagekapitals wie im preussisch-bessischen Gemeinschaftsvertrag. Umnte das Anlagekapital verändernde Berücksichtigung erfahren, je nachdem es sich um bestehende oder neue Bahnen, insbesondere Nebenbahnen handelt, zur anderen Hälfte aber nach Verhältnis der Betriebsleistung (etwa Achskilometer). Es ist durchaus gerechtfertigt, daß die Verteilung der Mehreinnahmen nicht ausschließlich erfolgt nach Verhältnis der früheren Anteil; das würde ja für Preußen vielleicht das günstigste sein; es müßte bei der Verteilung vielmehr auch die Betriebsleistungen berücksichtigt werden und zwar schon deshalb, weil die durch eine Gemeinschaft entstehende Mehreinnahme hauptsächlich in Süddeutschland erzielt wird. Preußen kann nur an seinen Grenzen

im Betrieb und Bau noch wesentlich sparen, aber in Süddeutschland und auch in Sachsen wird in dieser Hinsicht durch die Befestigung der einzelnen Eisenbahnstrecken ein erhebliches größeres Mehrertragnis erzielt werden können; und da verlangt es die Gerechtigkeit, daß diese Staaten auch in größerem Umfang an diesen Mehrertragnissen teilnehmen. Aber auch Preußen wird bei Berücksichtigung der Betriebsleistungen im Verteilungsmäßig seine Rechnung finden. Es hat ohnehin hohe durchschnittliche Betriebsleistungen und wird diese noch erheblich steigern durch den gerade auf seinem Gebiete stark wachsenden Verkehr und die allmähliche industrielle Erschließung des Ostens. Durch die Berücksichtigung der Betriebsleistungen erhält der Verteilungsmäßig einen beweglichen Faktor, der ganz besonders geeignet ist, der weiteren Entwicklung des Verkehrs in den verschiedenen Staaten zu folgen.

Wie würde nun die Organisation einer deutschen Eisenbahngemeinschaft zweckmäßigerweise gestaltet werden können? Es wären dabei im allgemeinen alle die Faktoren, die bisher bei Eisenbahnangelegenheiten mitgewirkt haben, zu berücksichtigen; insbesondere die Vollvertretung beim Zustandekommen des Etats der deutschen Eisenbahnen nicht ausgeschlossen werden. — Diejenigen Staaten, die heute noch selbstständige Eisenbahnen besitzen, würden nach Verhältnis der Stimmen, die sie heute im Bundesrat haben, in Eisenbahnangelegenheiten den Eisenbahnbundesrat bilden. Preußen würde dann allerdings nur 17 und mit den Stimmen von Elsaß-Lothringen 19 Stimmen haben, gegenüber 20 Stimmen der anderen Eisenbahnstaaten und 23 Stimmen, wenn Hessen wieder freigegeben würde. Es ist mir schon öfter entgangen worden, Preußen werde sich auf eine solche Regelung des Stimmverhältnisses nicht einlassen. Aber Preußen ist doch bisher mit seinen 17 von 58 Stimmen im Bundesrat recht gut gedient; hat es doch verstanden, bei diesem wesentlich ungünstigeren Stimmverhältnis seine Interessen voll auf durchzusetzen. Wie sollte Preußen da Gefahr laufen, wenn die anderen Staaten künftig in dem Eisenbahn-Bundesrat einige Stimmen mehr hätten. Der Bundesrat wird zweckmäßigerweise — das ist ja neuerdings wieder gelegentlich der Abstimmung über die Schiffahrtsgesetze zum Ausdruck gekommen — überhaupt nicht majorisieren, sondern die einzelnen Bundesstaaten sollen sich in ihm verständigen, und da ist es naturgemäß, daß nicht einer allein die Macht in Händen hat, sondern daß auch die anderen Beteiligten mitzureden und mitzuentcheiden haben.

(Schluß folgt.)

Stimmen aus dem Publikum.

Neuhaus die Amerikanerstraße.

Das Finanz-Ernost unter dem Oberbürgermeister Kling am Schluß ungefähr so, als wenn überall da energisch zugegriffen würde, wo es das Wohl der Stadt erfordert. Uns scheint aber dieser gute Voratz nicht erst gemeint zu sein, denn gelegentlich der Budgetberatung hatte man, trotzdem die erbärmlichen Zustände der Straße allen Behörden zur Genüge bekannt sind, keinen Plan zu fassen, um diesen elenden gesundheitswidrigen Verhältnissen ein Ende zu machen. Man hatte nur Ausflüchte, wie: die Sache läge für die Stadt zu teuer — auch kann man nichts wagen, das Straßen für die Privatheit etc. Wir glauben aber dennoch, daß sowohl das Bezirksamt, als auch die Stadt die Mittel und Wege beim. Rechte besitzen, um hier Remedur zu schaffen. Wir verweisen nur auf die Verordnungen für Privatplätze und Straßen sowie deren Unterhalt. Ferner wöhen wir auf die Renovationsverhältnisse, Abortanlagen etc. hinweisen. Wo bleiben denn hier die nötigen Durchführungsbestimmungen, die man sonst mit aller Strenge zur Ausführung bringen läßt. Man bedenke 10 bis 12 Familien auf einen Abort angewiesen, keine Wasserleitung, teilweise nicht einmal Wasserleitung, — das nötige Wasser wird am Brunnen Ecke Amerikaner-Traiteurstraße entnommen. Die Ufse, Abrecht und sonstigen Abfälle werden in die im Gäßchen stehenden offenen Käbel entleert, liegen um diese meistens herum und verbreiten mitunter einen schrecklichen Geruch. Einwohner, auf der Wohnungstürde begriffen, kehren an dieser Gasse nicht ein, denn hier wird der Eindruck erweckt, als wenn die ganze Amerikanerstraße in diesem Zustande daläge. Wer hat also den Schobon? Alle Hauseigentümer sind schwer geschädigt. Wie lang soll dieser Zustand noch währen? Ist es hier nicht am Plage, selbst Opfer zu bringen von Seiten der Stadt, wo die Gesundheit vieler Bewohner sogar fast gefährdet wird. Wir müssen annehmen, wenn die Stadt die Mittel bewilligt, 4 Kanäle für 4 große Bogentypen auf einem Plage im Luisenpark zu erstellen, welche nicht unbedingt zur Gesundheit unserer Mitmenschen und zur Förderung des Verkehrs in der Stadt nötig sind, sondern nur für einzelne Vergnügungsabende, so wird es doch einkommen, daß die Mittel, zum Durchbruch einer Straße an erster Stelle herbeigeholt werden müßten, zumal, wenn es heißt, betragte unwürdige Höhlen zu befeuchten, die eine Wohnkommission ansehend noch Menschenwohnungen nennt.

Eine kürzlich in einem hiesigen Blatte beschriebene Umänderung des Vorabplatzes — derselbe soll ästhetischer auf das nun vollendete Rathaus wirken — scheint unsern Stadtvätern nötiger zu sein, um die dort herumstehenden Häuser noch weiter im Werte zu steigern. Der Fremdenverkehr erweist sich auch an andere Straßen. Wie beschämend muß es für eine Stadt sein, hier für solche Schandplätze und Straßen Millionen zu opfern, während der Fremde, der auch ab und zu in eine Seiten- und Vorstadtstraße kommt, wahrnehmen muß, daß nicht einmal das Allernötigste für die Gesundheit der Bewohner geschieht. Ferner möchten wir unserer M. Hermandat zu wissen tun, möglichst ein aufmerksames Auge, besonders an den freien Nachmittagen, auf die Schuljugend zu haben, damit das Geschwärm mit Kreide etc. an den Facaden der Häuser herumreibt, auch das unbefugte Ballenspielen muß ausgetrieben werden. Gerade in der Amerikanerstraße ist dies eine Plage geworden. Die Hauseigentümer können sich der Freiheit der hier ihr Unwesen treibenden Schüler kaum erwehren. Und woher kommt die Mehrzahl dieser Rottverwahrloster und keinen Anstand besitzenden Durcheinander beschriebenen Gäßchen. Jede weitere Beschreibung der Helbestaten dieser Fräulein ist überflüssig, die Hausbesitzer aber müssen die eingeworfenen Scheiben und sonstigen Schädigungen aus ihrer Tasche bezahlen.

Mehrere Hauseigentümer und Bewohner.

Gerichtszeitung.

* Eine ereignisreiche Fahrt machte der Ruzher Adolf Sinn in der Nacht zum 25. Januar d. J. In dem Cafe „Union“ hatte er sich an drei Malen Malaga göttlich getan und fuhr dann schließlich vollständig betrunken darauf los. Morgens gegen 8 Uhr traf er am Wasserurm verschiedene Masken, die keine Droschke bestiegen, aber einen solchen Lärm verübten, daß die Schuttmannschaft herbeikam. Als ein Schuttmann ihn ermahnte, seine Insassen zur Ruhe zu veranlassen, rief er die

Droschke auf und rief: „Raus mit Euch!“ Die Masken hoben von dannen und er lief hinter ihnen drein und verschlug eine der Masken. Als der Kommissar-Anwärter Sottler intervenierte, schlug er dem Mann unter beleidigenden Worten ins Gesicht und wurde so renitent, daß dieser ihn für festgenommen erklärte. Aber der Malaga hatte dem Ruzher Rückenkräfte verliehen, er gebärdete sich wie rasend und mußte gefesselt in seine eigene Droschke hinein gehoben werden. Sattler übernahm dann die Führung der Droschke und der eigenartige Transport nach der Wache konnte dann vor sich gehen. In der Droschke schrie und tobte der wilde Ruzher derart, daß ihm sein Begleiter den Mund zubalsten mußte. Als er mit seiner Droschke von der Wache wieder den Weg heimwärts antreten konnte, überfuhr er noch den Milchmann Schneider, wodurch dieser erheblich verletzt wurde. Zur Befestigung seiner aufgeregten Nerven in zukünftigen Fällen diktierte ihm das Schöffengericht eine Geldstrafe von 150 M.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Heidelberg, 28. April. Der ordentliche Professor für Geologie und Direktor des geologisch-paläontologischen Instituts der Heidelberger Universität Dr. Wilhelm Salomon ist von dem Reale Institute Lombardi di Cienzi e Lattes in Mailand zum auswärtigen korrespondierenden Mitglied ernannt worden.

Aus dem Reichstage.

* Berlin, 28. April. Die Kommission des Reichstages beriet die Lohnsühntrüge weiter und nahm mit großer Mehrheit einen Abschnitt an, der im wesentlichen bestimmt, daß, wenn auf einem Kaliber der innerhalb einer Arbeiterklasse im Jahresdurchschnitt gezahlte Schichtlohn unter den im Durchschnitt von 1907—09 gezahlten Lohn sinkt, für das folgende Jahr eine Kürzung der Beteiligungsziffer des Wertes um mindestens 10 Prozent eintritt; ebenso, wenn bei einer Arbeiterklasse die regelmäßige Arbeitszeit über die im Jahre 1909 üblich gewesene verlängert wird.

* Berlin, 28. April. In der Kommission des Reichstages für das Vertzuwachsenergesetz erklärte der Schatzsekretär, daß die Gemeinden in der Lage sein sollen, die Zuschläge nach Maßgabe der besonderen örtlichen Verhältnisse zu den einzelnen Sähen des Laris verschieben hoch zu benehnen.

* Berlin, 28. April. Die Budgetkommission des Reichstages. In der fortgesetzten Beratung des Kolonialbeamten-Gesetzes wurde der Zentrumsantrag lebhaft debattiert, der in § 9a folgende Bestimmung einschließen will: „Entworfungen in den Personalakten der Kolonialbeamten, durch welche diese benachteiligt sein können, sind dem betreffenden Beamten zur Kenntnisnahme vorzulegen und etwaige Gegenklärungen der Kolonialbeamten den Personalakten beizulegen.“ Nach dem scharfen Widerspruch seitens des Staatssekretärs und verschiedener Parteien, die in der Annahme eine Schädigung der Beamten selbst und der Dienstverhältnisse erklärten, wird der Antrag angenommen.

Die 2. Lesung der Wahlrechtsvorlage im Herrenhause.

□ Berlin, 28. April.

Das Interesse für die heutigen Verhandlungen des Herrenhauses, die kurz nach 1/2 Uhr begannen, ist ein ganz ungeheures. Nicht nur, daß die Mitglieder des Herrenhauses fast vollständig zur Stelle sind, auch die Tribünen sind überfüllt. Die Journalistentribüne, auf der sich über 150 Angehörige der Presse befinden, faßt nicht alle Journalisten, die heute zugegen sind. Am Ministertische sind alle die Regierungsbeamten erschienen, die an der Wahlrechtsvorlage mitzuarbeiten haben, der Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg, der Minister des Innern v. Moltke, der eigentliche Vater der Wahlrechtsvorlage, Herr v. Falkenhayn und der Chef der Reichskasse Unterstaatssekretär Wahnschaffe.

Wir sehen die Beschlüsse der Kommission des Herrenhauses in der 2. Lesung als bekannt voraus, daß diese Beschlüsse über die Drittelung in den Stimmbezirken geändert sei, freilich nicht in einer den Mittelparteien genehmen Weise, daß sie einen Antrag abgelehnt hat, welcher eine Erklärerung von Verfassungsänderungen bezweckte und daß die Kommission schließlich die Kulturträgerparagrafen wieder hergestellt resp. in andere Fassung gebracht hat.

Der heutigen Plenarsitzung ist eine Reihe von Änderungsanträgen zugegangen, einmal ein Antrag des Grafen York v. Wartenberg, der den abgelehnten Antrag wieder aufnimmt, wonach Verfassungsänderungen in Zukunft nur bei einer Zustimmung von 2/3 der beiden Häuser des Landtages vorgenommen werden können.

Von einem Mitglied der konservativen Fraktion ist ein Antrag Freiherr v. Schorlemer eingegangen, der die Gemeindegliederung für alle Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern für Gemeinden von 10 000—30 000 Einwohnern zwei Drittelungsbezirke, für größere Gemeinden einen weiteren Drittelungsbezirk für jedes angefangene 20 000 der Einwohner verlangt. Der Antrag bedeutet ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Mittelparteien und er ist wohl deshalb interessant, weil er von einem Mitglied der konservativen Fraktion gestellt worden ist.

Den Bericht der Kommission erstattete Graf v. Behr-Hendendorff, der allein von den Mitgliedern der neuen Fraktion gegen das Gesetz in der Kommission gestimmt hat, weil die Kommissionsbeschlüsse nicht in genügender Weise auf die Wünsche der Mittelparteien Rücksicht nehmen. Gleichwohl entledigt er sich seiner Aufgabe in anerkannter Weise. Nach ihm nimmt folgende

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg

das Wort. Mit atemloser Spannung verfolgt das Haus seine Rede. Zum Schluß wird lauter Beifall von den Angehörigen der neuen Fraktion spendet, während die konservativen Elemente nur mit schüchternem Beifall auf seine Rede reagieren. Man mag aus dieser Aufnahme der Rede Bethmann-Hollwegs erkennen, wie der Inhalt seiner Erklärungen beschaffen gewesen ist. Der Ministerpräsident beginnt seine Rede mit einer Anerkennung für die Arbeit der Kommission, insbesondere für die Arbeiten des Abgeordnetenhauses. Er hob als bemerkenswert besonders hervor, daß beide Fraktionen befreit gewesen seien, der Vorlage nicht von vornherein an dem Zwiespalt der Meinungen scheitern zu lassen. Aber so sagte Herr v. Bethmann-Hollweg hinzu, die Regierung hat sich in der gleichen Lage befunden. Er geht zunächst auf die Kritik ein, die seine Stellung außerhalb des Hauses gefunden hat und verteidigt sich gegen die Vorwürfe, als ob er von einer größeren oder geringeren Vorliebe für eine Partei be-

einflußt gewesen sei. Es läge ihm fern, das Zentrum auszusuchen. Er beruft sich für die Richtigkeit dieser Behauptung auf seine Daten, die unzweifelhaft dem Ministerpräsidenten in dieser Richtung Recht geben. Er bezieht sich auf seine früheren Erklärungen, daß er die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses als einen dehnbaren Boden bezeichnet habe, daß er einzelne Beschlüsse als ungenügend bezeichnete. Es läge ihm, so erklärt er nochmals, fern, das Zentrum auszusuchen. Und der einstige Staatssekretär des Innern in der Zeit der Bülowlokalpolitik fügt als Begründung hinzu, daß er von der Politik des Ausschaltens einer Partei nichts halte. Dann kommt eine Wendung, nach der das deutsche Volk schon lange verlangt hat: „Die Regierung verlangt auch, daß nicht etwa eine Politik von der Wehrheit getrieben wird, bei der die Staatsregierung ausgeschaltet wird.“ Nochmals wendet sich Herr von Bethmann-Hollweg gegen den Antrag, Verfassungsänderungen an erfindende Bestimmungen zu knüpfen, indem er erklärte, daß nur eine solche Regierung in Nachgiebigkeit gegenüber Anträgen auf demokratische Abänderung des Wahlrechts verfallen würde, welche die Wahrung der eigenen Autorität nicht mehr achtet. Er habe in der Kommission die Grenzlinie bezeichnet, bis zu welcher die Regierung den abgeänderten Beschlüssen folgen könne. Das sei geschehen, weil derartige Verfassungsänderungen nicht bestimmt werden könnten von Parteikonstellationen, sondern weil sie erteilt werden müssen von der freien Ueberzeugung, auch von der der Regierung. Und mit gesteigertem Ernst in dem Tone seiner Rede geht der Ministerpräsident auf die Frage der Drittelung ein, welche er als den Kernpunkt der Bedenken der Regierung gegen die Beschlüsse der Kommission bezeichnet.

Mit erhobener Stimme erklärt Herr von Bethmann-Hollweg, daß diese Frage für die Regierung mit dem Schicksal des Begehrensurfes überhaupt untrennbar verbunden sei. Er verlangt eine andere Fassung der betreffenden Beschlüsse im Sinne der Wünsche der Regierung und bezeichnet als eine geeignete Fassung für den Drittelungsparagrafen die im Antrage Schorlemer vorgeschlagene Fassung.

Der Ministerpräsident erucht das Haus, diesem Antrag beizutreten und damit der Vorlage eine Fassung zu geben, die auch für die Staatsregierung annehmbar sei. Zum Schluß seiner eindrucksvollen Rede warnt der Ministerpräsident nochmals das Herrenhaus vor Beschlüssen, die für die Regierung unannehmbar wären, weil die Staatsregierung in einem negativen Erfolg eine schwere Schädigung der Interessen des Landes erblicken würde.

Er endete mit folgendem Appell: Auch in dieser Frage ist für mich die einzige Richtschnur meines Handelns das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für eine Verfassungsänderung, die auf der einen Seite als ein Nichts und auf der anderen Seite als ein Juwel mit erster Beförderung begleitet wird. Nur nächsten, realpolitische Sachlichkeit, verbunden mit persönlicher Ueberzeugung, kann dieser Verantwortung gerecht werden. Von diesem kann ich nichts herausgeben.

Im wesentlichen auf den Boden der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses stellt sich der konservativ

Herr Salim.

Auch in der Drittelungsfrage wünscht er, daß an den Beschlüssen „möglichst wenig“ gerüttelt werde. Besonders unangenehm dünkt ihm die Reichstagsabgeordneten zu sein, denn er erklärt nicht verstehen zu können, wie man gerade die Reichstagsabgeordneten unter die Kulturträger aufgenommen habe.

Im wohlthuenden Gegensatz zu diesem Fürsten äußert sich

Herr Lissowski.

Er erklärt für seine Freunde, daß es ihnen schwer gefallen sei, der Vorlage zuzustimmen wegen ihrer vielen Mängel. Er spricht sich für die direkte Wahl aus. Bedenken äußert der Fürst dagegen gegen die geheime Wahl, aber er sträubt sich nicht länger gegen diese, weil sie jetzt einen springenden Punkt der Vorlage darstelle. In der gegenwärtigen Zeit seien Konzeptionen an die Demokratie eine gebieterische Notwendigkeit. So weit will freilich der Fürst nicht gehen, daß Reichstagswahlrecht zu fordern und er nimmt Anlaß, sich energisch gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen auszusprechen. Der Redner verteidigt die Bevorzugung von Bildung in den Beschlüssen der Kommission, verlangt eine andere Drittelung und zwar gleichfalls nach dem Antrage Schorlemer. Wenn das Zentrum sich gegen eine solche Konzeption ausspricht, so dürfe man nicht auf eine einzelne Partei Rücksicht nehmen. Das Herrenhaus solle seine Pflicht tun und wenn auch das ganze Leben an Abhängigkeiten bestünde, so dürften doch diese Abhängigkeiten keine einseitige sein.

Ultrakonservative sind die Ausführungen, die darauf

Herr von Burgsdorf

macht. Er singt ein Loblied auf das Dreiklassenwahlrecht und dann fährt er den Fürsten Bismarck als Kronzeuge für die Langsamkeit des preussischen Wahlrechts an. Er spricht sich scharf gegen die Einmischung der Süddeutschen in die preussische Wahlrechtsangelegenheit aus. Für die Wahlrechtsfrage hat er zwei eigenartige Charakteristiken abzu. Einmal sagt er, es sei ein Ausschluß der Garriolen-Prozis, der Freigabe von Rechten ohne Gegenleistung und dann bezeichnet er sie als Nachahmung der Vera Bülow's. Bülow's Politik sei grundsätzlich falsch gewesen. Die Liberalen würden niemals etwas Positives leisten, das hätte die Reichsfinanzreform zur Evidenz gezeigt. Redner tritt für die öffentliche Wahl ein und bittet, diese wieder heranzustellen, zumal, wenn das Herrenhaus im Falle der Entscheidung, würde es bezug geben in Preußen. Es ist bezeichnend für die Stimmung im Herrenhause, daß diese Rede im ganzen Hause lebhaften Beifall und Dankesrufen hervorrief.

Wiederum für ein Zustandekommen der Vorlage tritt Herr v. Landsberg-Steinfurt ein, weil das Schicksal des Gesetzes im ganzen Land einen unangenehmen Eindruck machen würde.

Inzwischen ist ein Antrag Gildesbrand eingeleitet, der die öffentliche Wahl fordert. Ferner eine Resolution Balfour, welche Vermehrung der Zahl der Abgeordneten will, ein Antrag von Dr. Reinde auf Einführung der direkten und geheimen Wahl und ein Antrag Becker zur Drittelung.

Scharf mit Herrn v. Burgsdorf geht Oberbürgermeister Kitzscher ins Gericht. Er meint, daß dieser Herr wohl eine sehr ritterliche Stellung eingenommen habe, daß es aber auch Mitter gebe, welche gegen Windmühlen gekämpft haben. Es gebe Situationen, wo auch der stärkste Demasch den Bogau nicht mehr aufhalten könne. Kitzscher bekämpft die Ausführungen Burgsdorff's mit großem Temperament, denn er historische Unkenntnis vorwirft, da er sonst wissen müsse, daß die Liberalen bei der Gründung des Reiches hervorragenden Anteil hätten, ebenso an der Legislaturgestaltung des Reiches. Der Berliner Oberbürgermeister erklärt, daß es ihm und seinen Freunden unmöglich sei, dem Gesetz zuzustimmen, weil die indirekte Wahl beibehalten und die Forderung nach dem geheimen Wahlrecht nicht ganz erfüllt sei. Das vorliegende Gesetz bezeichnet er als ein Musterbeispiel von Inkonsequenz und innerer Widersprüche.

Wie sicher verlautet, wird das Herrenhaus die Debatte morgen fortsetzen und jedenfalls auch noch den übermorgigen Tag zur Spezialberatung verwenden.

Volkswirtschaft.

Rheinische Creditbank.

Die Rheinische Creditbank hat ihr Eigentum an den Baugrundstücken auf dem Areal der früheren Legionskaserne in Stuttgart zum Preis von 650 000 Mark an eine Stuttgarter neugegründete Firma, Stuttgarter Bauaktiengesellschaft, verkauft.

Konkurse in Baden.

Waldkirch, H. Ringwald u. Söhne, offene Handelsgesellschaft in Elzach, K. L. 25. Mat. 3. L. 9. Juni.

Abschlüsse badischer Genossenschaften.

Genossenschaft Wiesloch e. G. m. b. H. Im Jahre 1909, hat die Mitgliederzahl von 1002 auf 1067 steigen sich wurde ein Reingewinn von 24 527 (i. V. 25 164) erzielt, woraus wieder 6 Prozent Dividende verteilt werden. Bei 261 760 (i. V. 284 573) Geschäftsanteilen und 21 140 842 (i. V. 183 915) Rücklagen betragen die Verbindlichkeiten 1 308 830 Mark, andererseits die Anlage in Bar, Wechsel, Effekten und Giroguthaben 1 89 600, in Vorständen 425 140, in Güterzielen und Immobilien 84 807. — Volksbank Durlach e. G. m. u. H. Der Reingewinn hat sich in 1909 von 24 453 auf 27 989 gehoben und gestattet die Wiederverteilung einer Dividende von 6 Prozent. Die Anteile der 1003 (966) Mitglieder betragen 21 261 820 (i. V. 219 007), die Reserven 21 105 632 (i. V. 20 373), die Verbindlichkeiten 958 703, wovon in leichter greifbaren Mitteln 190 000 rund angelegt sind. — Volksbank Schwetzingen e. G. m. u. H. Auch diese Genossenschaft schließt wieder 6 Proz. Dividende aus bei 26 986 (i. V. 25 182) Reingewinn. Bei 21 175 294 (i. V. 199 796) Anteilen der 539 (537) Mitglieder und 21 137 000 Reserven (i. V. 122 000) beziffern sich die Sparkassenanlagen und Kontokorrentschulden auf 1 064 187 Mark, somit auf über mehr als das Sechsfache der eigenen Mittel. Angelegt sind in Bar 26 773, Wechseln 401 782, Effekten 21 858, Bankguthaben 17 131, Vorständen 21 635 439. Die Rückstände betragen 1 047 484. In Güterzielen sind 57 235, in Immobilien 89 200 angelegt, wozu Einrückungen mit 21 694 kommen, jedoch die Bestellungen einen relativ hohen Betrag erreichen.

Zur Geschäftslage im Ruhrkohlenbergbau.

Die allgemeine Geschäftslage im rheinisch-westfälischen Industriegebiete ist nach wie vor wenig erfreulich. Die Stagnation, in der der Eisenmarkt im großen und ganzen verharrt, läßt eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse im Kohlenbergbau nicht aufkommen. So dauern auch heute noch die Absatzschwierigkeiten in den meisten Kohlenarten unermindert an, nach wie vor sind die Syndikatszweigen zur Einleitung von Preisabschlüssen gezwungen, und die Kohlen-, besonders aber die gewaltigen Kohlvorräte nehmen verschiedentlich noch weiter zu. Die dem Kohlenyndikat nicht angehörenden Zechen entwickeln sich unter dem Schutze des Syndikats und der von diesem gehaltenen Preise recht gut, ihnen — wenigstens den großen neuen Zechen im nördlichen Westfalen, zu denen ja nun auch in einigen Jahren auch noch ähnliche Bergwerksanlagen am linken Niederrhein kommen werden — macht zu Zeiten der Syndikatszweigen der Absatz ihrer Produkte gar keine Schwierigkeiten. Für die Syndikatszweigen, namentlich für die reinen Kohlenzweigen des Syndikats, ist daher li. d. Z. die Frage einer Einbeziehung der neuen Zechen in das Syndikat und möglichst auch eine entsprechende Berücksichtigung mit den stöckelnden westfälischen Zechen, von großer Bedeutung, ob in dieser Frage, die naturgemäß im Vordergrund der ja schon halb beginnenden Erneuerungsverhandlungen des Kohlenyndikats stehen dürfte, eine alle Teile befriedigende Lösung gefunden werden wird, läßt sich heute nicht sagen. Noch schwieriger wird es vielleicht sein, in dem Interessengegensatz zwischen den reinen Kohlenzweigen und den Düttengewerben einen Ausgleich zu finden.

Aluminium-Industrie-AG. Vel. Neubausen, Simeis.

Zu der weiteren Herabsetzung der Dividende für 1909 von 25 auf 10 Prozent bemerkte der Präsident der Verwaltung Oberst Küber in der Generalversammlung, die Lage der Aluminium-Industrie sei noch immer ungelöst; der Kampf bestehe wie früher. Die Verwaltung müsse sich daher bei der Erörterung des Aluminiumgeschäfts alle Reflexe anerkennen. Etwas Positives lasse sich nicht sagen; erst die Zukunft werde zeigen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden. Die austretenden Mitglieder der Verwaltungsgesellschaft wurden niedergelassen.

Mannheimer Produktionsbörse. Unter dem Einfluß der in den letzten Tagen gemeldeten schwächeren Kurse, sowie infolge der billigeren Förderungen von den Exportländern, verkehrte auch der Heilige Markt in schwacher Haltung. Die Umsätze sind fortgesetzt recht unbedeutend, da sowohl die Mühlen wie auch unsere Importeure Zurückhaltung beobachten. Nur die notwendigen Käufe werden vollzogen. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt haben keine Veränderung erfahren.

Dem Ausland werden angeboten die Lonne, gegen Kassa, c/o Rotterdam; Weizen Sapato-Debia-Blanca oder Verletto-Ruffo 78 Rg. per April-Mai 165.50-166.—, do. ungarische Ausbrot 78 Rg. per April-Mai 165.50-166.—, do. Rofaris Sento 78 Rg. per Januar-Februar —, Redwinter 2 per September R. —, Hartwinter 2 per September R. —, Wilsa 9 Bud 30-35 Schwimms. R. 167-167.50, Wilsa 10 Bud 30-35 168-169.50, Wilsa 10 Bud 5-10 Schwimms. R. 179-179.50, Rumänier 78-79 Rg. per August-Sept. 160.50-161.—, bis 3 Proz. blaufrei prompt 178-179, Rumänier 79-80 Rg. 8 Prozent blaufrei prompt 180-181.— Mark, bis per August-September 161-161.50.

Roggen russischer 9 Bud 10-15 Schwimms. R. 120 bis 121, do. 9 Bud 15-20 schwerer R. 121-122.—, norddeutscher Roggen 78-79 Rg. prompt Abladung 113-116.

Gerste russ. 58-59 Rg. per April-Mai R. 105-106, do. 58-60 Rg. per März-April R. 105-106.50, Donau 58-59 Rg. per Schwimms. R. 105-106, do. 58-60 Rg. Schwimms. Mark 106-107, Laplate 46-47 Rg. Schwimms. R. —.

Hafers russ. prompt 46-47 Rg. R. 109-109.50, do. per April-Mai R. 108.50-109.—, do. 47-48 Rg. prompt R. 109.50 bis 110.—, Donau nach Rußland Schwimms. von Mark 109.— bis 111.—, do. prompt Abladung R. 110-110.50, Laplate 46 Rg. per März-April 102-102.50, 47 Rg. per April-Mai R. 103.— bis 103.50.

Weizen, Laplate gelb rye terms Schwimms. R. 121 bis 122.50, do. April-Mai R. 117-117.50, die Mai-Juni Mark 117-117.50, Donau Galatz Romania Schwimms. R. 118.—, Dabla R. —, Rodovoffi nach per prompt R. 118-119, Weizen der Januar-Februar R. 122.

Chemische Fabrik von Guben in Dresden. Die Generalversammlung der Chemischen Fabrik von Guben in Dresden schloß die Dividende auf 10 Prozent (wie i. V.) fest. Auf Anfrage befragte die Direktion die Fortsetzung des günstigen Geschäfts-

gangs. Eine Anregung, die Neubauten fernerhin nicht mehr in eigener Regie zu bauen, sondern auf dem Submissionswege auszuführen, lehnte die Verwaltung ab.

Telegraphische Handelsberichte.

(Telegramme unseres Berliner Büreaus.)

Neues vom Dividendenmarkt.

Berlin, 28. April. Die Aktiengesellschaft vorm. G. Gladenbeck Sohn, Bildgießerei in Berlin, schlägt 8 Proz. (4 Proz.) Dividende vor.

Berlin, 28. April. Die Generalversammlung der Akt. Gutmann A.-G. für Maschinenbau in Gomburg schloß die Dividende auf 7 Prozent fest.

Frankfurt a. M., 28. April. Die Eisenerzgesellschaft Frankfurt a. M. teilt der „Frk. Ztg.“ mit, daß die anderweitige Angabe, daß sie das Hochofenwerk Agnesenhütte bei Saiger hochweise übernommen habe und wieder in Betrieb setzen wolle, jeder Begründung entbehre.

New-York, 28. April. Das Schutzkomitee der Aktionäre der Penn Wyrming Copper Comp. leitete Klage gegen mehrere Finanziers ein, welche angeblich zur Gründung von Untergesellschaften, Reorganisations und sonstige Schiebungen 8 Mill. Dollar unrechtmäßig erworben hat. Die Klageschrift behauptet, es seien unverdiente Dividende gezahlt worden. Die Maßnahmen würden um 9 Mill. höher als im letzten Jahre geschätzt. (Frk. Ztg.)

Chemische Fabrik Elektron, Griechheim.

Wie der „Frk. Ztg.“ mitgeteilt wird, beträgt der Gesamtbruttogewinn für das Jahr 1909 7 768 565 M. (7 057 757 M.). Zur Verwendung wird der auf den 20. Mai d. Js. einberufenen Generalversammlung vorgeschlagen, wieder 14 Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 14 Mill. M. = 1 900 000 wie im Vorjahre zu zahlen.

Neue Gesellschaften.

Wien, 28. April. Die Regierung hat die Errichtung der Friedländer Eisenwarenfabrik A.-G. in Friedland und die Mährische Stahl- und Eisen-Industrie A.-G. in Olmütz bewilligt. An beiden Gewerkschaften ist lt. „Frk. Ztg.“ die Agrar- und Industriebank in Brünn beteiligt.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse vom 28. April.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 Rg. halbjähr hier.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc., and their prices in Reichsmark.

Weizenmehl Nr. 00 0 1 2 3 4, Roggenmehl Nr. 0 25.25 1) 22.75.

Tenden: Getreide ziemlich unverändert. Mannheim, 28. April. Feinstaat 84.— Mt.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 28. April. (Offizieller Bericht.)

An der heutigen Börse verlor a. H. ein Abschl. in Frankens-Aktien zu 1270 A. pro Stück. Oberdeutsche Versicherung-Aktien zu 700 A. gestieg. Feinthe Notierungen: Rhein. Creditbank-Aktien 139.20, B. Antik 455 A., Verein Gem. Fabriken 325 A., Verein Deutscher Cellulosefabr. 156 A., Rhein. Schieferh.-Akt. 133.50, B. 135 A., Zellulosefabr. Waldhof 290 A., Sauer Waschanst. 193.50, S. und Sauerfabr. Frankenthal 355 A.

Aktien.

Table with columns for various banks and companies like Fabrikbank, Chem. Industrie, etc., and their share prices.

Industrie.

Table with columns for various industrial companies like Mannh. Lagerhaus, etc., and their share prices.

Transport u. Verkehrung. A. G. H. H. G. 85.—, Mannh. Dampf. 59.75.

Obligationen.

Table with columns for various bonds and obligations like Pfandbriefe, Städte-Anleihen, etc., and their interest rates.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 28. April. Fondsbörse. An der heutigen Börse veranlaßt zunächst bei Beginn die ungünstige Disposition des Remporter Effektenmarktes und des schlechten amerikanischen Eisenwaffenberichts des Iron Age eine Abschwächung des Kursniveaus auf den meisten Gebieten. Von Börsen lagen besonders Baltimore und Chicago matt, auch Venezuelaanleihen hatten Rückverläufe an verzeichnen, besser gehalten sind Bombarden auf Wiener Rückläufe, von den übrigen Börsen Spannung und Orientbahn bei lebhaften Umständen höher, Laurahütte, Bochumer und Deutsch-Luxemburger stärker gedrückt. Am Bankenmarkt sind mögliche Kursabschwächungen zu konstatieren, Deutsche Bank fest, Mittelbanken ruhig. In Schiffbauaktien blieb der Kursstand unverändert. Der Markt der Russenindustrieaktien lag ruhig, heimische Werte schwächer, Badische Kattunfabrik gedrückt, bei gleichem Angebot 9 1/2 Prozent niedriger. Aluminium-Gesellschaft Neubausen notierten 260 bis 260, exkl. Dividendenkupon (Kursabschl. 4 Prozent), Oberdeutsche Eisenindustrie (Kursabschl. notierten 90 bis 90, exkl. Kursabschl. 4 Proz.). Das in der letzten Zeit so lebhaft beachtete in effizienten Wertes erhielt sich auch heute weiter, während sich bei lebhaften Umsätzen fest. Besondere Schuler-Aktien verlor wieder von großen Geschäften mit dem bayerischen Staat, Witten beizug. Auf dem Fondsmarkt waren heimische Anleihen ungleichmäßiger, Russen dagegen lebhaft und fest.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Schlußkurs.

Wechsel.

Table with columns for exchange rates for various locations like Antwerpen, Belgien, etc.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table with columns for various government securities like 4% deutsch. Reichsanl., etc., and their prices.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with columns for various industrial companies like Fabrik, etc., and their share prices.

Bank- und Versicherung-Aktien.

Table with columns for various banks and insurance companies like Fabrikbank, etc., and their share prices.

Bergwerksaktien.

Table of Bergwerksaktien with columns for company names and prices.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table of Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Briefe. Prioritäts-Obligationen.

Table of Briefe. Prioritäts-Obligationen.

Bei der Notierung für Aktien der Oberösterreichischen Eisenindustrie...

Berlin, 28. April. (Devisennotierungen.)

Table of Berlin, 28. April. (Devisennotierungen.)

Berlin, 28. April. (Antw.-Kurs.)

Table of Berlin, 28. April. (Antw.-Kurs.)

Berlin, 28. April. (Schlusskurse.)

Table of Berlin, 28. April. (Schlusskurse.)

Table of W. Berlin, 28. April. (Telegr.) Schlusskurse.

Pariser Börse.

Table of Pariser Börse.

Wiener Börse.

Table of Wiener Börse.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 28. April. Produktenbörse. Die letzten Meldungen...

Berlin, 28. April. (Telegramm.) (Produktenbörse.)

Table of Berliner Produktenbörse prices.

Berliner Effektenbörse.

Dividendelegende des General-Anzeigers

Berlin, 28. April. Fondsbörse. Trotz der aus Amerika...

Londoner Effektenbörse.

Sonday, 28. April. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse.

Table of Londoner Effektenbörse.

Advertisement for Triberger Lotterie and Offenburger Lose.

Advertisement for Würzmühle A.-G., vormalig Gebrüder Abrecht.

Advertisement for MANNHEIM RUDOLF MOSSE.

Advertisement for Erfahrener Spediteur.

Advertisement for Expedient.

Advertisement for Reiseposten.

Advertisement for Lebensstellung.

Advertisement for Geldverkehr.

Advertisement for Ein Verlogen.

Advertisement for Erfindung.

Advertisement for Kaasenstein & Vogler A.G.

Advertisement for Der Aufsichtsrat and Der Vorstand.

Advertisement for Vermischtes.

Advertisement for Schreibbureau.

Advertisement for Pianos.

Advertisement for Vervielfältigungen.

